



Nr. 152 | 10.06.2022

Zentralasien-Analysen

- Zentralasien während des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine
- Frugale Innovationen im Gesundheitswesen Usbekistans
- Präsidentschaftswahl in Turkmenistan

■ ANALYSE	
Postkolonialismus und Migration: Zentralasien während des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine Von Aizada Arystanbek (Rutgers University, New-Brunswick) und Caress Schenk (Nazarbayev University, Nur-Sultan)	2
■ UMFRAGEN	
Meinung in Kasachstan zum russischen Überfall auf die Ukraine und seinen Auswirkungen	6
■ ANALYSE	
Das Wechselspiel wirtschaftlicher Probleme und sicherheitspolitischer Risiken in Zentralasien nach dem russischen Überfall auf die Ukraine Mariya Omelicheva (National Defense University, Washington D.C.)	10
■ ANALYSE	
Frugale Innovationen im Gesundheitswesen – Potentiale für die Gesundheitsversorgung in Usbekistan? Philipp Walther (Hochschule Fresenius, Hamburg/Köln) und Rajnish Tiwari (Center for Frugal Innovation am Institut für Technologie- und Innovationsmanagement der Technischen Universität Hamburg / Hochschule Fresenius, Hamburg)	15
■ DOKUMENTATION	
Die erste postsowjetische Dynastie Zentralasiens	20
Das offizielle Endergebnis der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in Turkmenistan am 12. März 2022	21
■ CHRONIK	
06. Februar – 22. Mai 2022	23
Kasachstan	23
Kirgistan	28
Tadschikistan	32
Turkmenistan	36
Usbekistan	41

Postkolonialismus und Migration: Zentralasien während des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine

Von Aizada Arystanbek (Rutgers University, New-Brunswick) und
Caress Schenk (Nazarbayev University, Nur-Sultan)

DOI: 10.31205/ZA.152.01

Zusammenfassung

In diesem Beitrag werden drei aktuelle Formen der Mobilität aus und nach Zentralasien betrachtet, die durch den Krieg in der Ukraine, aber auch durch historische Strukturen des russischen Kolonialismus und der Rassifizierung zentral- und nordasiatischer Bevölkerungsgruppen geprägt sind. Vor dem Hintergrund des noch heute fortwirkenden Erbes des russischen Imperialismus und der dadurch geprägten kolonialen Mentalitäten sollen drei Migrationsphänomene analysiert werden: erstens die Arbeitsmigration von Zentralasien nach Russland, zweitens die Teilnahme von Migrant:innen und Angehörigen ethnischer Minderheiten Russlands als Soldat:innen am Krieg in der Ukraine und drittens die Flucht russischer Bürger:innen vor den Folgen des Krieges in Richtung Süden.

Einleitung

Migrationsmuster und -wege sind traditionellerweise eng mit der kolonialen Geschichte der betroffenen Länder verknüpft. In Eurasien ist das nicht anders. Erst vor kurzem wurde die im Westen vorherrschende historische Kolonialismusforschung einer lange überfälligen Kritik unterzogen, da sie in ihrem analytischen Rahmen keinen Platz für den russischen Imperialismus lässt. Postkoloniale Ansätze sind nichtsdestotrotz auch für das Verständnis der Beziehung zwischen Russland und seinen ehemaligen Kolonien (und heutigen Nachbarstaaten) von entscheidender Bedeutung. Der Krieg in der Ukraine hat der Welt diese Dynamiken auf grausame Weise vor Augen geführt. Angesichts des ukrainischen Kampfes geraten jedoch die weit ausgedehnte östliche Peripherie Russlands und die ehemaligen russischen Kolonien, die heute unabhängige Staaten sind, leicht in Vergessenheit. Deren Bewohner:innen haben nicht nur bis heute unter den Folgen des russischen Kolonialismus zu leiden, sondern erleben auch eine Rassifizierung, von der Ukrainer:innen nicht betroffen sind.

Von der imperialen Herrschaft des russischen Zarenreichs bis zur gemeinsamen Staatlichkeit während der Sowjetunion nahm die russische Sprache und slawische Kultur in dem größten Gebiet der Erde, das je von einer einzelnen Regierung beherrscht wurde, eine zentrale Stellung ein. Mithilfe eines zentralisierten Staates und der Umsiedlung ethnischer Russ:innen an die »Peripherie« sollte kulturelle und sprachliche Homogenität geschaffen werden. Viele Russ:innen leugnen die koloniale Natur dieser Vorgänge. Sie vertreten das gegenteilige Narrativ, demzufolge der russische Imperialismus und die Sowjetunion für die Entwicklung rückständiger Gegenden gesorgt hätten.

In diesem Beitrag werden drei aktuelle Formen der Mobilität betrachtet, die durch lange bestehende Strukturen des russischen Kolonialismus und der Rassifizierung zentral- und nordasiatischer Bevölkerungsgruppen geprägt sind: erstens die zentralasiatische Arbeitsmigration nach Russland, zweitens die Teilnahme von Migrant:innen oder Angehörigen der Minderheiten Russlands als Kämpfer:innen am Krieg in der Ukraine und drittens die Fluchtbewegungen russischer Bürger:innen, die ihr Land Richtung Süden verlassen, um den Folgen des Kriegs zu entkommen. Bei den letzten beiden Migrationsbewegungen handelt es sich um keine traditionellen Migrationsmuster. Sie sind Ausdruck aktueller Entwicklungen, die zwar durch den Krieg angestoßen wurden, aber in koloniale Strukturen einer weißen russischen Dominanz eingebettet sind, die Slawen als Norm setzt, an der sich andere eurasische Gruppen zu messen haben.

Mobilität und Rassifizierung in einem postkolonialen Szenario

Die wohl »traditionellste« der drei betrachteten Formen von Mobilität ist die der Arbeitsmigration. Sie lässt sich am ehesten mit anderen, besser bekannten Migrationsphänomenen vergleichen und in Beziehung zur bestehenden postkolonialen Theorie setzen. Mittlerweile gilt es fast schon als Naturgesetz, dass gegenwärtige Migrationsbewegungen früheren kolonialen Verbindungslinien folgen. Oft wird die Mobilität entlang dieser Verbindungslinien durch eine gemeinsame Sprache und günstige rechtliche Rahmenbedingungen erleichtert. Wenn Tadschik:innen, Usbek:innen und Kirgis:innen im Ausland nach Arbeit suchen, schauen sie sich dementsprechend zunächst in Russland um, wo sie von Visa-freiheit, gemeinsamen rechtlichen Vorstellungen und

ihrer Kenntnis der russischen Sprache profitieren können, alles Erbschaften der gemeinsamen Staatlichkeit während der Sowjetunion.

Millionen tadschikischer, usbekischer und kirgisischer Bürger:innen halten sich Jahr für Jahr zum Arbeiten in Russland auf und machen es damit zu einem der drei wichtigsten Einwanderungsländer der Welt. Viele der Migrant:innen verlassen ihre Heimatländer aufgrund von Arbeitslosigkeit oder einem Mangel an passenden Beschäftigungsmöglichkeiten. Migration wird darüber hinaus auch immer mehr als eine wichtige Lebenserfahrung gesehen, die zum Erwachsenwerden dazu gehört und Familiensystemen ermöglicht, Geld für wichtige Lebensereignisse wie Hochzeiten, Immobilienkäufe etc. anzusparen. Während einige Migrant:innen versuchen, eine langfristige Aufenthaltsgenehmigung oder sogar die russische Staatsbürgerschaft zu bekommen, um rechtlichen Schutz zu genießen, halten sich viele von ihnen ohne gültige Dokumente in Russland auf und befinden sich daher in einem dauerhaften rechtlichen Schwebzustand.

Viele Migrant:innen haben sich an ihre prekäre Situation in Russland gewöhnt und Strategien entwickelt, um zu vermeiden, im Alltag oder auf dem Arbeitsmarkt in eine sichtbare, rassifizierte Position zu gelangen. Um mit der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt fertigzuwerden, sind Migrant:innen auf Netzwerke von Landsleuten angewiesen und arbeiten in informellen Zusammenschlüssen. Sie haben zudem eine Vielzahl von Strategien im Umgang mit der Polizei entwickelt, die Migrant:innen regelmäßig auf der Straße anhält, um ihre Papiere zu überprüfen und Bestechungsgelder zu kassieren. Ob sie lokalen Streifenpolizisten Schutzgeld zahlen oder sich mit den Gesetzen und der russischen Sprache besser vertraut machen, um ihre Rechte durchsetzen zu können: Die Strategien, die Migrant:innen nutzen, um ihren Alltag in Russland zu meistern, sind vielfältig. Solche Anpassungsprozesse verdeutlichen die Fähigkeit von Migrant:innen, sich in Situationen des Unrechts eigene Handlungsspielräume zu bewahren. Andererseits offenbaren sie aber auch, wie tief soziale Hierarchien, die auf einer ständigen Rassifizierung nicht-slawischer Menschen beruhen, auf einer strukturellen Ebene verankert sind.

Viele der Routinen und Vorannahmen, auf die Migrant:innen sich normalerweise verlassen, wenn sie nach Russland gehen, wurden durch den Krieg in der Ukraine infrage gestellt. Nicht nur wird die wirtschaftliche Entwicklung in Russland durch die westlichen Sanktionen immer unberechenbarer, viele Menschen aus Zentralasien empfinden auch ein intuitives Gefühl der Solidarität mit der Ukraine. Während in Russland jegliche mediale Vielfalt zugunsten eines einheitlichen Propagandanarrativs zerstört wurde, wird in den zentral-

asiatischen Medien und den persönlichen Kanälen, über die Migrant:innen untereinander Nachrichten austauschen, immer noch relativ offen berichtet. Bürger:innen Zentralasiens, die einen Antrag auf die russische Staatsbürgerschaft gestellt hatten, wurde geraten, das Land zu verlassen, da andernfalls die Gefahr bestünde, dass sie zum Militärdienst eingezogen werden. Die westlichen Sanktionen haben nicht nur Russland geschadet, sondern auch die zentralasiatischen Volkswirtschaften destabilisiert. Möglicherweise werden sie also zu einer Situation führen, in der die Bewohner:innen Zentralasiens auch weiterhin gezwungen sein werden, nach Russland zu gehen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern und die immer prekärere Lage in ihren Heimatregionen abzufedern.

Rassifizierte Soldaten

Während einige der zentralasiatischen Migrant:innen Russland aufgrund des Kriegs verlassen haben, sind andere der russischen Armee beigetreten, um in der Ukraine zu kämpfen. Viele von ihnen wurden nicht nur durch eine gute Bezahlung, sondern auch das Versprechen einer schnelleren Einbürgerung geködert. Sie verspricht Arbeitsmigrant:innen aus Zentralasien Schutz vor den institutionalisierten Formen der Überwachung und Erpressung durch die russische Polizei. Offenbar erntet der Kreml nun also die Früchte seiner eigenen rassifizierten Gewalt, wenn er Migrant:innen im Gegenzug für ihren Dienst an der Waffe Schutz in Form einer russischen Staatsbürgerschaft anbietet. Allerdings dienen nicht nur zentralasiatische Migranten der russischen Führung als Kanonenfutter für ihren Ukrainefeldzug. Auch die Angehörigen der vielen Minderheiten innerhalb Russlands werden in überproportionaler Zahl in die Ukraine entsandt, um dann in Särgen zurückzukehren.

In Russland betrifft der Wehrdienst vor allem die armen Teile der Bevölkerung, die keine Möglichkeit haben sich der Einberufung zu entziehen, was Personen mit entsprechenden Verbindungen und Ressourcen vorbehalten bleibt. Für die Bewohner:innen strukturschwacher Regionen wie der Republik Burjatien oder der Republik Dagestan stellt die Armee gleichzeitig eine relativ sichere Möglichkeit dar, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Dass in der Ukraine mehr Soldat:innen sterben, die aus diesen abgehängten Regionen stammen, als Menschen slawischer Herkunft, die in den großen urbanen Zentren Russlands leben, ist deshalb kaum überraschend. Ethnische Minderheiten sind jedoch nicht erst seit dem 24. Februar als Kämpfer:innen in der Ukraine präsent. Asiatische und kaukasische Russ:innen haben sich schon seit 2014 in der Ukraine einen zweifelhaften Ruf als »Donbass-Indianer« oder »Putins kämpfende Burjat:innen« erworben.

Natürlich ist es mehr als ironisch, dass es gerade Angehörige der Minderheiten Russlands sind, die überproportional häufig für die Vorstellung einer »Russischen Welt« sterben, also für die Vorstellung einer Einheit aller Ostslaw:innen unter russischer Vorherrschaft. Nichtslawischen Soldat:innen, die in der Ukraine kämpfen und ihr Leben lassen, wird mit demselben Misstrauen begegnet, das auch zentralasiatischen Migrant:innen in russischen Metropolen entgegenschlägt. Sie werden als »schwarz« oder »asiatisch« bezeichnet, ungerechtfertigt von der Polizei angehalten und von Teilen des Wohnungsmarktes ausgeschlossen, die »nur für Slaw:innen« reserviert sind. Manche von ihnen ziehen in den Krieg, um der Armut zu entfliehen, andere kämpfen willentlich für Russlands imperiale Ambitionen und damit praktisch für ihre eigene fortwährende Unterwerfung. Ähnlich wie die Menschen aus Zentralasien werden auch die russischen Minderheiten durch institutionalisierte Formen der Armut zu bestimmten Formen der Mobilität getrieben, die durch das föderale System Russlands bedingt sind. Dieses System erlaubt dem Kreml, Ressourcen aus abgelegenen Regionen zu extrahieren, ohne im Gegenzug wieder in diese Gegenden zu investieren.

In einem viral gegangenen Twitterthread machte der Forscher Kamil Galeew die wichtige Beobachtung, dass es unter den Armeeinghörigen nicht-slawischer Herkunft eine klare Hierarchie zu geben scheint. Nachdem Berichte veröffentlicht wurden, denen zufolge tschetschenische Soldat:innen kaum an direkten Kriegshandlungen beteiligt seien, postete Ramsan Kadyrow – Präsident der Tschetschenischen Republik und enger Vertrauter Putins – Aufnahmen »aus dem Krieg«, auf denen tschetschenische Soldat:innen in Aktion zu sehen sind. Dem Kreml dienen die Leichen der getöteten Soldat:innen aus dem Kaukasus oder Zentralasien als Propagandawaffe. Indem er diesen Bevölkerungsgruppen in der Ukraine ein rassifiziertes Stigma verleiht, untergräbt er die gegenseitige Solidarität verschiedener Opfergruppen des russischen Imperialismus. Kadyrow scheint indes seine Loyalität gegenüber Putin zu nutzen, um den tschetschenischen Kämpfer:innen eine privilegierte Rolle im Krieg zu sichern: sichtbar, aber möglichst abseits der Schusslinie.

Verschiedene Minderheitenorganisationen in Russland oder aus dem Ausland haben angefangen, sich gegen die Behandlung ihrer Soldat:innen als austauschbares Menschenmaterial zu wehren. Die internationale Antikriegsorganisation »Freies Burjatien« nutzt die sozialen Medien, um Solidaritätsnetzwerke von Burjat:innen aufzubauen, die gegen den Krieg sind, und um ihrer Region ein anderes Image zu verpassen. Statt einem Putin treu ergebenen Landstrich wollen sie als eine Region wahrgenommen werden, die sich nach mehr Freiheit und Autonomie innerhalb der Russischen Föderation sehnt.

Wie den Soldatenmüttern Russlands geht es der Organisation nicht nur um soziale Solidarität. Sie baut auch aktiv Druck auf die Regierung auf.

Solche kleinen und oft individualisierten Bemühungen derjenigen russischen Bürger:innen, die am stärksten von Russlands Kriegs gegen die Ukraine betroffen sind, werden sich wohl kaum zu einer nationalen Bewegung entwickeln, geschweige denn den Sturz des Regimes zur Folge haben. Sie führen jedoch zu alltäglichen Auseinandersetzungen mit den staatlichen Behörden, die wichtig sind, um der Ungerechtigkeit des Systems Widerstand leisten. Die Tatsache, dass nur ein geringer Teil der russischen Kriegstoten aus Moskau und Sankt Petersburg stammt, spiegelt die Privilegien wider, die weiße Bevölkerungsgruppen mit einem bestimmten Klassenhintergrund immer noch besitzen. Wer Angst davor hatte, einberufen zu werden, und die nötigen finanziellen Mittel besaß, hat in den frühen Tagen der russischen Invasion einfach das Land verlassen.

Widerstand gegen eine erneute Kolonialisierung

Der Krieg hat zu einem Massenexodus russischer Bürger:innen geführt, die aus verschiedenen Gründen das Land verlassen haben: aus Protest gegen den Krieg, wegen schrumpfender Freiräume für zivilgesellschaftlichen Aktivismus, schwindender wirtschaftlicher Perspektiven oder aufgrund von Gerüchten, dass es bald zu einer massenhaften Einberufung von Wehrpflichtigen kommen könnte. Obwohl nicht alle von ihnen ethnische Russ:innen sind, hat ihre Ankunft im Kaukasus und in Zentralasien zu Ängsten geführt, seit der Unabhängigkeit 1991 gewonnene Freiräume zu verlieren. Seit der späten Sowjetzeit hatten nationale Solidaritätsbewegungen die Sprachen und historischen Überlieferungen ihrer Länder zu neuem Leben erweckt, um die russische Dominanz im politischen und linguistischen Bereich zu durchbrechen. In den darauffolgenden Jahren verlagerte sich das ethnische Gleichgewicht der Staaten, die an Russland grenzen, dramatisch zugunsten ihrer jeweiligen Titularvölker, auch weil ethnische Russ:innen in Massen auswanderten.

Auch wenn Kasachstan gegenüber Russland eine selbstbewusste Haltung eingenommen hat, die weder einen Bruch mit noch eine Vereinnahmung durch den Kreml signalisiert hat, hat die Rückkehr russischer Einwander:innen die Angst ausgelöst, erneut kolonialisiert zu werden. In den sozialen Medien wurde viel über die Situation diskutiert. Die Reaktionen reichten von Aussagen wie: »Sie sind bei uns willkommen, sollten aber ihren Platz kennen, und nicht damit rechnen, uns dominieren zu können!« bis zu Sorgen über die negativen Folgen, die die Ankunft russischer Geflüchteter für die Einheimischen auf dem Wohnungs- und

Arbeitsmarkt haben könnte. Manche der Reaktionen unterscheiden sich von den üblichen Formen des Misstrauens, das Migrant:innen oft entgegengebracht wird. Am 02. Mai twitterte der britische Botschafter in Kirgistan, Charles Garrett, dass junge russische Geflüchtete für die zentralasiatische Republik eine wertvolle Ressource seien und drängte die kirgisische Regierung dazu, den neuen Migrant:innen eine Bleibeperspektive zu eröffnen – eine Rhetorik, die in einem deutlichen Kontrast zur rassifizierten Überwachung steht, der kirgisische Migrant:innen seit Jahrzehnten in Russland ausgesetzt sind. Die zentralasiatischen Volkswirtschaften, die durch Kollateralschäden der westlichen Sanktionen stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, stehen vor der Herausforderung, sowohl für russische Geflüchtete als auch für die vielen einheimischen Arbeiter:innen zu sorgen, die zurückkehren oder nicht wie gewöhnlich nach Russland gehen. Es ist eine merkwürdige Situation, die nicht mit den existierenden Theorien über die Mobilität von Menschen und die Zirkulation von Macht übereinstimmen mag. Dass Bürger:innen eines früheren Kolonialstaats bei den Kolonialiserten Zuflucht suchen, ist ungewöhnlich. Die Migration von Russ:innen nach Zentralasien gibt Anlass zur Sorge, kann aber auch Grund zur Hoffnung sein.

In Kasachstan werden die Sorgen dadurch verstärkt, dass die Regierung erst im Januar 2022 von Russland angeführte Truppen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OKVS) zu Hilfe gerufen hatte, um das Regime von Kassym-Dschomart Tokajew zu stabilisieren, nachdem friedliche Proteste von gewalttätigen politischen Gruppen gekapert worden waren. Zu Beginn des Einmarsches in der Ukraine herrschte die Angst, dass die kasachstanische Regierung im Gegenzug eigene Truppen für den Überfall bereitstellen würde. Hinzu kam die bereits seit 2014 bestehende Angst, dass Kasachstan als Nächstes auf der russischen Annexionsliste stehen könnte. Bereits 2014 erklärte Putin, dass Kasachstan keine Geschichte einer eigenen Staatlichkeit vor der Zeit der Sowjetunion besessen hätte. Ähnliches hat er auch über die Ukraine behauptet. Hinzu kommt, dass die Versuche russischer Eliten, die Ereignisse in Kasachstan im Januar 2022 als ethnische Unruhen darzustellen, die sich gegen russischstämmige Menschen gerichtet hätten, an die Rhetorik der russischen Führung erinnern, die Ukraine vor Faschist:innen »retten« zu müssen.

Welchen Anlass zur Hoffnung gibt es in einer solchen Situation noch? Zwar ist davon auszugehen, dass es auch innerhalb der kasachstanischen Gesellschaft einige Menschen gibt, die Sympathien für Russland und seine imperialen Ziele hegen. Dennoch unterscheiden sich viele ethnische Russ:innen, die in Kasachstan leben, deutlich von jenen innerhalb Russlands. Viele

von ihnen berichten, dass sie dort als Außenseiter:innen betrachtet werden. Oft haben sie auch ukrainische Wurzeln. Sie wollen nicht von Russland »gerettet« werden. Kasachstan ist ihre Heimat. Einige von ihnen verstehen zudem immer mehr, wie wichtig die kasachische Sprache ist und versuchen sie zu erlernen.

Die große Frage ist, ob die Neuankömmlinge aus Russland es den kasachstanischen Russ:innen gleich tun werden. Verstehen sie besser als ihre Landsleute, die Putins Krieg gegen die Ukraine unterstützen, was es heißt, die Privilegien zu hinterfragen, die es mit sich bringt, weiß und slawisch zu? Denkbar wäre es. Schließlich verlassen viele der Russ:innen, die nach Zentralasien kommen, ihr Land aus Protest gegen einen ungerechten Krieg. In der Migrationsforschung herrscht ein »Mobilitätsvorurteil«, das zur Verallgemeinerung von Mobilität neigt. In Wirklichkeit bleiben die meisten Menschen jedoch in ihren Heimatländern. Viele verlassen nicht einmal ihre Heimatstadt. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass diejenigen Russ:innen, die ihr Land verlassen haben, in der Regel eine besondere Motivation besitzen, während passivere Konsument:innen der russischen Propaganda zuhause bleiben. Es bietet sich nun die einmalige Gelegenheit, abtrünnig gewordene Russ:innen in die dekoloniale Bewegung einzubinden. Allerdings bleibt dafür noch viel zu tun.

Fazit

Je länger sich der russische Krieg gegen die Ukraine hinzieht, desto schwieriger wird es, nicht nur das anfängliche Level an Aufmerksamkeit seitens der internationalen Gemeinschaft aufrechtzuerhalten, sondern auch ein Bewusstsein für die komplexen Folgen zu schaffen, die der Krieg für Osteuropa und Zentralasien nach sich zieht. Die Migrationsbewegungen, die durch die russische Invasion in Gang gesetzt wurden, führen zu massiven wirtschaftlichen Erschütterungen. Vor dem Hintergrund postkolonialer Machtdynamiken sind sie zudem ziemlich ungewöhnlich. Während die Kriegshandlungen in der Ukraine und die Flüchtlingskrise in ihren Nachbarländern weiterhin im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, finden die Kosten, die Russlands Krieg für Zentralasien hat, weit weniger Beachtung.

Das neuentdeckte Interesse, den russischen Imperialismus zu verstehen und zu dekonstruieren, ist nur dann konsequent dekolonial, wenn es die rassifizierten Machthierarchien, die in Russland und den historisch vom russischen Kolonialprojekt betroffenen Ländern existieren, in seine Betrachtung aufnimmt. Dieses neue Interesse am russischen Imperialismus und die weltweite Solidarität gegenüber der Ukraine bieten eine einmalige Gelegenheit, post-koloniale Herrschaftspraktiken, ob westlich oder nicht, offenzulegen und ihnen gemeinschaftlichen Widerstand und geteiltes Wissen entgegen-

zusetzen. Dabei ist es jedoch wichtig anzuerkennen, dass viel von dem aktuell zu diesem Thema produzierten Wissens weder ausreichend noch harmlos ist. Statt Zentralasien nur als eine Fußnote der Debatte über Russlands imperiale Gewalt in der Ukraine zu betrachten, brau-

chen wir Diskurse, die die Erfahrungen der Menschen in Zentralasien und ihre Rolle als rassifizierte »Andere« der Sowjetunion und Russlands ernst nehmen.

Aus dem Englischen von Armin Wolking

Über die Autorinnen

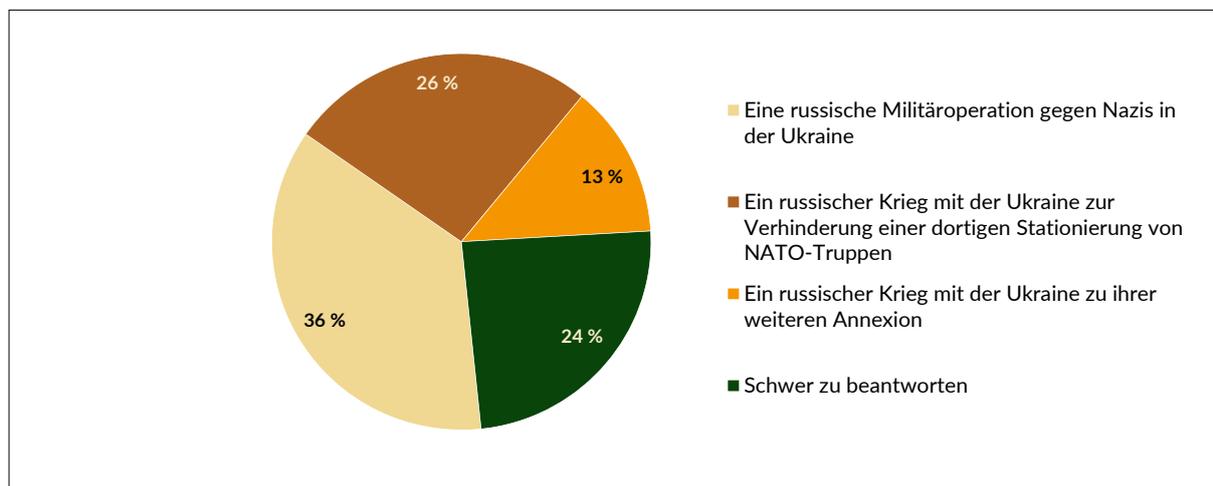
Aizada Arystanbek ist Doktorandin für Soziologie an der Rutgers University (USA). Die Forschungsschwerpunkte der jungen Aktivistin, intersektionalen Feministin und Wissenschaftlerin aus Kasachstan sind geschlechtsbasierte Gewalt, der Zusammenhang von Geschlecht und Kultur, und Nationalismus. Ihre Publikationen sind u. a. in *East European Politics, Gender and Research* und *AnAlize—Journal of Gender and Feminist Studies* erschienen.

Caress Schenk ist außerordentliche Professorin für Politikwissenschaft an der Nasarbajew-Universität in Nur-Sultan, Kasachstan. Sie lehrt und forscht zu Migrationspolitik und nationaler Identität in Eurasien. Ihr Buch *Why Control Immigration? Strategic Uses of Migration Management in Russia* ist bei University of Toronto Press erschienen.

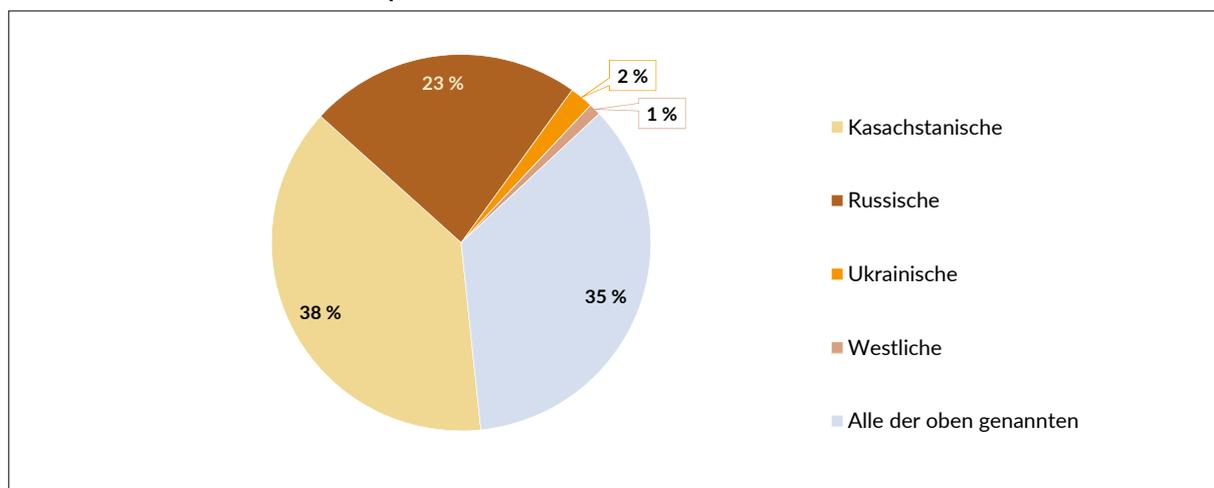
UMFRAGEN

Meinung in Kasachstan zum russischen Überfall auf die Ukraine und seinen Auswirkungen

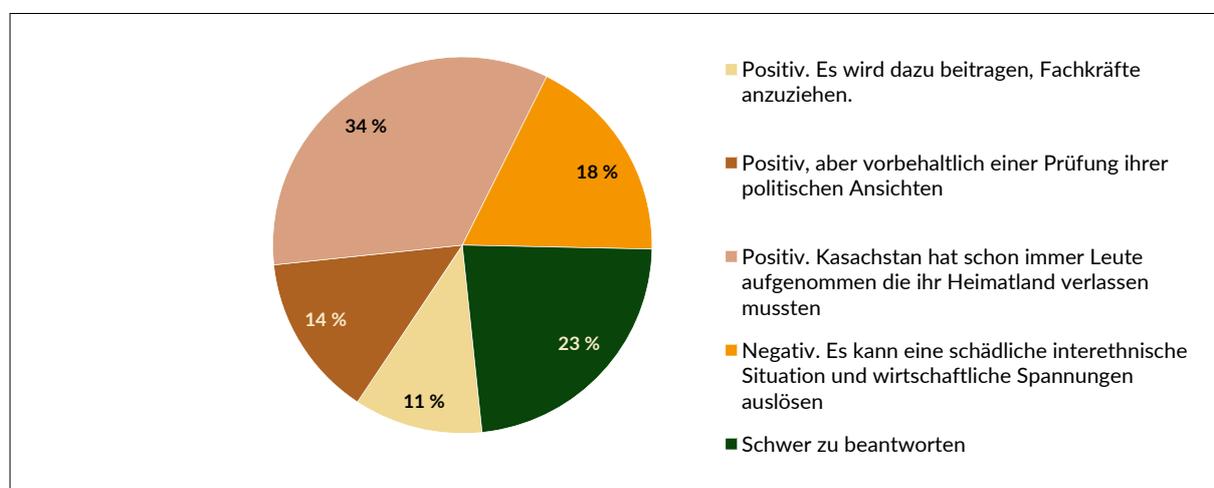
Grafik 1: Was denken Sie passiert derzeit in der Ukraine?



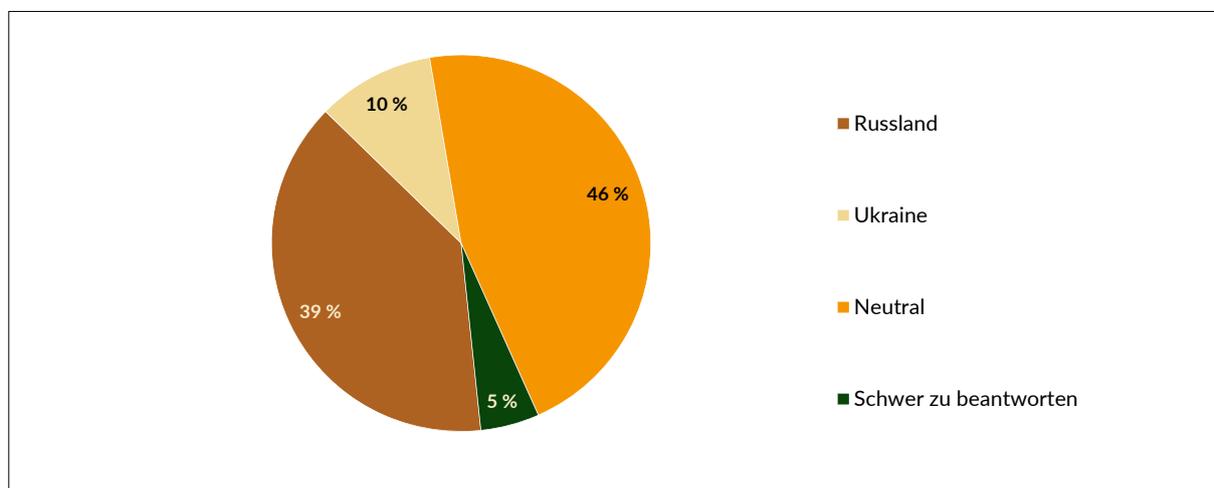
Telefonumfrage zwischen dem 15. und 27.03.2022 mit 1.100 Befragten in 14 Gebieten und Städten von nationaler Bedeutung (Nur-Sultan, Almaty, Schymkent); Quelle: Demoscope, 07.04.2022 (<https://demos.kz/opros-znachitelnaja-chast-kazhstancev-podverzhena-vlijaniju-rossijskoj-propagandy/>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

Grafik 2: Welche Informationsquellen nutzen Sie am meisten um die Situation in der Ukraine einzuschätzen?

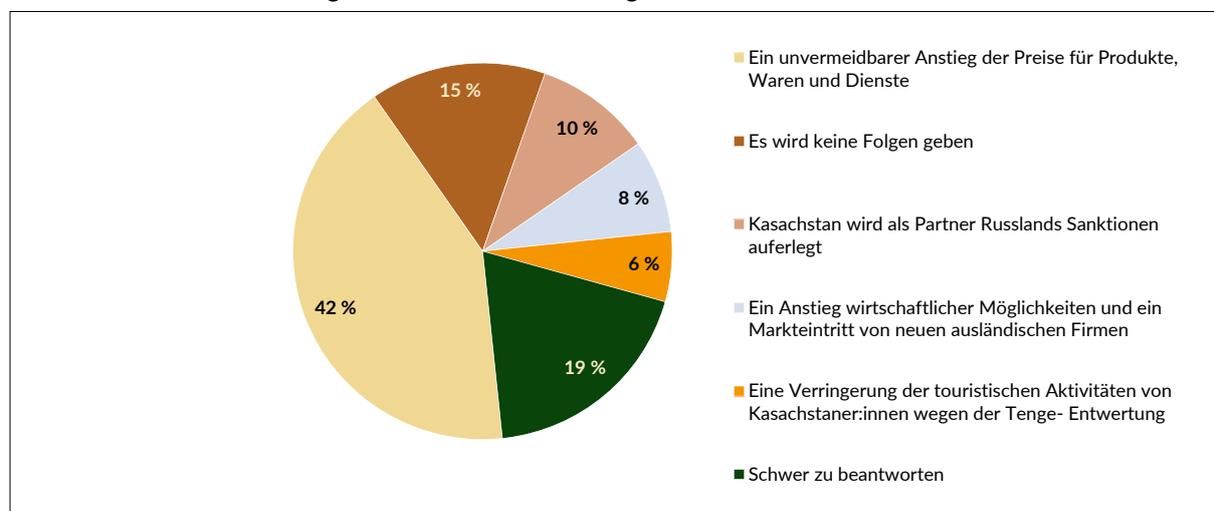
Telefonumfrage zwischen dem 15. und 27.03.2022 mit 1.100 Befragten in 14 Gebieten und Städten von nationaler Bedeutung (Nur-Sultan, Almaty, Schymkent); Quelle: Demoscope, 07.04.2022 (<https://demos.kz/opros-znachitel'naja-chast-kazahstanc'ev-podverzhena-vlijaniju-rossijskoj-propagandy/>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

Grafik 3: Wie denken Sie über die mögliche Migration von Russen nach Kasachstan wegen der Sanktionen und anderer Faktoren?

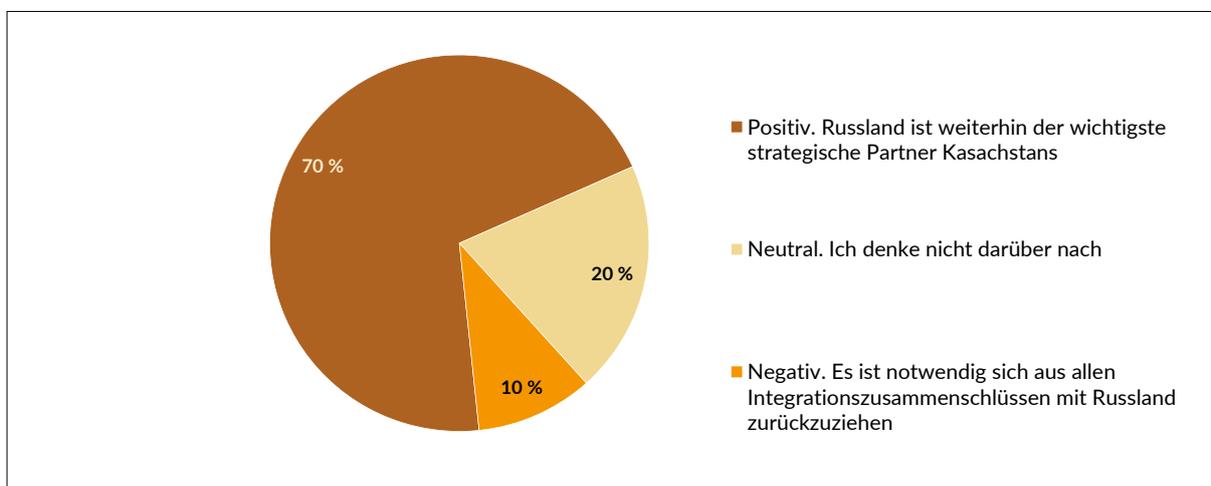
Telefonumfrage zwischen dem 15. und 27.03.2022 mit 1.100 Befragten in 14 Gebieten und Städten von nationaler Bedeutung (Nur-Sultan, Almaty, Schymkent); Quelle: Demoscope, 07.04.2022 (<https://demos.kz/opros-znachitel'naja-chast-kazahstanc'ev-podverzhena-vlijaniju-rossijskoj-propagandy/>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

Grafik 4: Welche Seite in dem Konflikt unterstützen Sie?

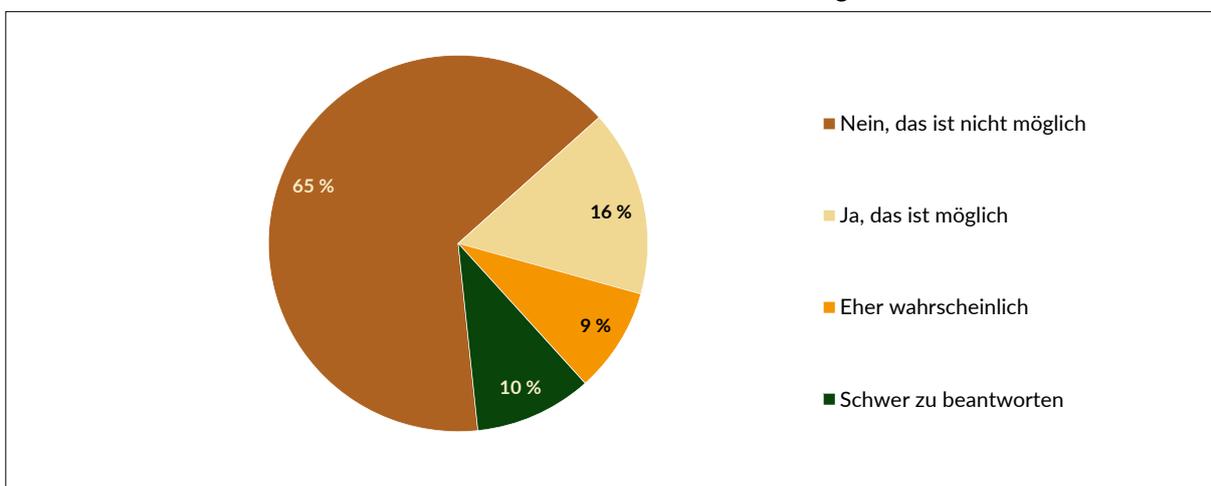
Telefonumfrage zwischen dem 15. und 27.03.2022 mit 1.100 Befragten in 14 Gebieten und Städten von nationaler Bedeutung (Nur-Sultan, Almaty, Schymkent); Quelle: Demoscope, 07.04.2022 (<https://demos.kz/opros-znachitel'naja-chast-kazahstanc'ev-podverzhena-vlijaniju-rossijskoj-propagandy/>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

Grafik 5: Was sind die möglichen wirtschaftlichen Folgen des Konfliktes für Kasachstan?

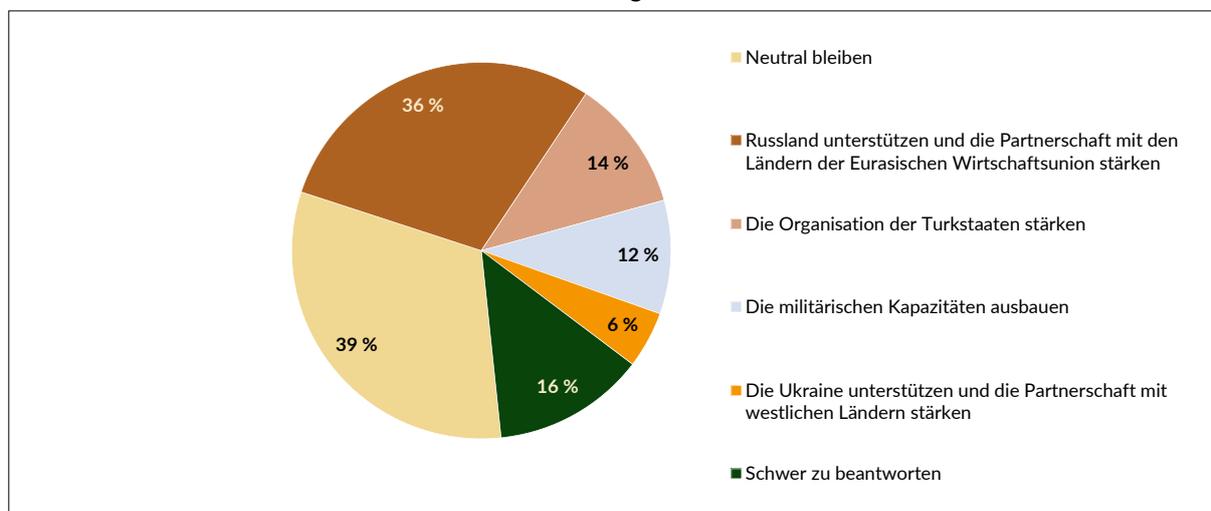
Telefonumfrage zwischen dem 15. und 27.03.2022 mit 1.100 Befragten in 14 Gebieten und Städten von nationaler Bedeutung (Nur-Sultan, Almaty, Schymkent); Quelle: Demoscope, 07.04.2022 (<https://demos.kz/opros-znachitel'naja-chast-kazahstanc'ev-podverzhena-vlijaniju-rossijskoj-propagandy/>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

Grafik 6: Wie beurteilen Sie eine weitere Zusammenarbeit zwischen Russland und Kasachstan?

Telefonumfrage zwischen dem 15. und 27.03.2022 mit 1.100 Befragten in 14 Gebieten und Städten von nationaler Bedeutung (Nur-Sultan, Almaty, Schymkent); Quelle: Demoscope, 07.04.2022 (<https://demos.kz/opros-znachitelnaja-chast-kazahstancev-podverzhenavlijaniju-rossijskoj-propagandy/>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

Grafik 7: Ist ein ähnlicher Konflikt zwischen Russland und Kasachstan möglich?

Telefonumfrage zwischen dem 15. und 27.03.2022 mit 1.100 Befragten in 14 Gebieten und Städten von nationaler Bedeutung (Nur-Sultan, Almaty, Schymkent); Quelle: Demoscope, 07.04.2022 (<https://demos.kz/opros-znachitelnaja-chast-kazahstancev-podverzhenavlijaniju-rossijskoj-propagandy/>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

Grafik 8: Wie sollte Kasachstan in dieser Situation reagieren?

Telefonumfrage zwischen dem 15. und 27.03.2022 mit 1.100 Befragten in 14 Gebieten und Städten von nationaler Bedeutung (Nur-Sultan, Almaty, Schymkent); Quelle: Demoscope, 07.04.2022 (<https://demos.kz/opros-znachitel'naja-chast-kazahstanc'ev-podverzhena-vlijaniju-rossijskoj-propagandy/>). Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

ANALYSE

Das Wechselspiel wirtschaftlicher Probleme und sicherheitspolitischer Risiken in Zentralasien nach dem russischen Überfall auf die Ukraine

Mariya Omelicheva (National Defense University, Washington D.C.)

DOI: 10.31205/ZA.152.02

Zusammenfassung

Die russische Wirtschaft ist unter dem Gewicht der westlichen Sanktionen eingebrochen, was zu schockwellenartigen Auswirkungen in den Ländern geführt hat, die mit Moskau eng über eine Kooperation in den Feldern Handel und Investitionen verbunden sind. Vor allem die zentralasiatischen Republiken sind besonders vulnerabel gegenüber Abwärtstrends in der russischen Wirtschaft. Der Beitrag untersucht, wie wirtschaftliche Herausforderungen und Sicherheitsfragen in Zentralasien verschränkt sind und welche langfristigen Implikationen für die regionale Sicherheit mit den westlichen Sanktionen gegen Russland einhergehen.

Einleitung

Russlands ungerechtfertigte Aggression gegen die Ukraine hat die globale wirtschafts-, sicherheits- und geopolitische Landschaft innerhalb weniger Tage radikal verändert. Für die internationale Wirtschaft, die bereits vorher durch Covid-19 geschwächt war, ist der Krieg zu einem Wendepunkt geworden, der die Schwächen der globalen Energiearchitektur offengelegt hat. Der Krieg hat die ohnehin schon begrenzten Ressourcen für die Auslandshilfe weiter strapaziert und die normativen Grundlagen der internationalen Ordnung mit

ihrer zentralen Institution der staatlichen Souveränität untergraben. Neben dem Leid und der Zerstörung in der Ukraine, der Destabilisierung der globalen Wirtschaft und der humanitären Krise in Europa hat der Krieg auch die mit Moskau durch eine vielfältige wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit verbundenen Nachbarstaaten Russlands massiv unter Druck gesetzt.

In ihrer Verurteilung des Krieges vereint haben die USA und ihre westlichen Partner:innen beispiellose Sanktionen gegen Russland erlassen. Trotz ihrem eigentlichen Zweck als Strafmaßnahmen gegen Putins

Regime haben die Sanktionen auch in Zentralasien Handel, Versorgungsketten und Remissenzahlungen beeinträchtigt. Die Sanktionen beschleunigen die Inflation in der Region und entwerten die Einkommen der Menschen, indem sie die Preise für Nahrungsmittel, Energie und andere Grundbedarfsgüter in die Höhe treiben. Gleichzeitig hat der Krieg weitreichende politische und insbesondere sicherheitspolitische Implikationen für Zentralasien, die bisher wenig Beachtung gefunden haben.

Ziel des Beitrages ist aufzuzeigen, wie wirtschaftliche Herausforderungen, Problematiken politischer Art und Sicherheitsfragen in Zentralasien seit jeher eng verflochten sind. In Wechselbeziehung stehende Entwicklungen, die schon vor dem Krieg in der Region zu beobachten waren, werden sich durch die neuen wirtschaftlichen Belastungen weiter beschleunigen und erhebliche Folgen für die Sicherheit und Stabilität in einigen Teilen Zentralasiens nach sich ziehen. Während Instabilität mannigfaltige Gründe hat, werden im Folgenden zwei spezifische Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Problemen und regionalen Sicherheitsfragen diskutiert: zum einen die Verbindung zwischen sozioökonomischen Herausforderungen und der Bedrohung des Islamismus, die nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan zugenommen hat. Zum anderen der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Abwärtstrends und ihrer sicherheitsrelevanten Problematik einer potenziellen Zunahme politischer Unruhen. Angesichts der wachsenden sozioökonomischen Problematiken, vor denen die Region wegen des russischen Krieges und der damit einhergehenden Sanktionen steht, werden sich die Staaten Zentralasiens in den nächsten Jahren in einem volatilen und herausfordernden geopolitischen Umfeld behaupten müssen.

Ursachen der Instabilität in Zentralasien

Mit Ausnahme eines verheerenden Bürgerkriegs in Tadschikistan von 1992 bis 1997 sind die zentralasiatischen Republiken von schweren Konflikten und Gewalt bislang verschont geblieben. Trotz der relativen Stabilität der Region ist es in der Vergangenheit immer wieder zu Gewaltausbrüchen niedrigerer Intensität gekommen, darunter Grenzkonflikte, Putschversuche, Terrorangriffe und staatliche Maßnahmen von tödlicher Gewalt gegen Zivilisten während öffentlicher Unruhen. Kirgistan hat seit der Unabhängigkeit bereits drei politische Umwälzungen erlebt, die alle zum Sturz der Regierung und erheblichen Verlusten an Menschenleben führten. In Teilen Zentralasiens kommt es zudem wiederholt zu interethnischen Konflikten und Gewalt durch organisierte Kriminalität.

Die Ursachen dieser Gewaltausbrüche sind komplex und vielfältig, haben jedoch einen gemeinsamen Nenner:

sie alle geschahen vor dem Hintergrund wachsender wirtschaftlicher Probleme, dem Versagen autoritärer Regierungen und einer allgegenwärtigen Korruption. Seien es die Ereignisse des »Blutigen Januars« 2022 in Kasachstan, die gewalttätigen Proteste, die 2020 den Sturz der kirgisischen Regierung herbeiführten, oder die anhaltenden Gefechte zwischen der Zentralregierung und ethnischen Pamiris in Tadschikistan: in allen diesen Fällen waren oder sind es wachsende ökonomische Disparitäten, fehlende soziale Perspektiven und die allgemeine Frustration über eine korrupte Zentralverwaltung, die als wiederkehrende Ursachen hinter Gewalt und regionaler Destabilisierung stehen.

Die COVID-19-Krise hat die wirtschaftlichen und administrativen Probleme Zentralasiens zum Vorschein gebracht und die tief verwurzelte Korruption sowie die Mängel der staatlichen Notfallsysteme und des öffentlichen Gesundheitssektors offengelegt. Die regionalen Volkswirtschaften, die bereits von Handelsausfällen, sinkenden Remissen und den ökonomischen Kosten geographischer Isolation beeinträchtigt sind, sind gegenüber den Folgen der Sanktionen, die der Westen aufgrund des Angriffskriegs in der Ukraine gegen Russland erlassen hat, besonders empfindlich.

Die Währungen Kasachstans und Kirgistans, zwei Staaten, die durch den Handel innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion besonders eng an Russland gebunden sind, sind mit dem Wert des Rubel verschränkt. Zwar sind sowohl der kasachstanische Tenge als auch der kirgisische Som einem ungebremsten Währungsverfall entgangen, ihre Abwertung gegenüber Dollar und Euro bei gleichzeitiger Aufwertung gegenüber dem russischen Rubel hat jedoch eine Inflationsspirale ausgelöst, die vor allem für die ärmsten Teile der Bevölkerung, die ca. zwei Drittel ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben, schwerwiegende Folgen hat. Die erhöhte Nachfrage nach wichtigen Grundbedarfsgütern wie Zucker, Mehl und Speiseöl, deren Export Moskau zwischenzeitlich ausgesetzt hat, hat die Inflation weiter verschärft.

Kirgistan und Tadschikistan sind die am stärksten von Remissen abhängigen Volkswirtschaften Zentralasiens. Usbekistan ist zwar wirtschaftlich weniger anfällig für äußere Erschütterungen, als bevölkerungsreichstes Land der Region stellt es jedoch die größte Anzahl an Arbeitsmigrant:innen in Russland. Saisonale Migration war für diese Länder bisher überlebenswichtig, da sie die Anzahl der Arbeitslosen und damit die Belastung der öffentlichen Dienste in den Heimatländern verringerte. Zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Beitrags hat zwar noch kein massenhafter Exodus von Arbeitsmigrant:innen aus Russland stattgefunden, viele Beschäftigte haben jedoch ihren Arbeitsplatz verloren, als internationale Firmen aus Russland abzogen und viele russische Unternehmen zur Schließung gezwun-

gen waren. Die meisten zentralasiatischen Arbeitsmigrant:innen sind in Russland geblieben, jedoch haben ihre Remissen einen Viertel ihres Wertes verloren, was sowohl für die privaten als auch die nationalen Haushalte eine schwere Belastung darstellt.

Den verheerenden Konsequenzen nach zu urteilen, die bereits mit der ersten Krise 2014 einhergingen, als die russische Wirtschaft von fallenden Ölpreisen und den ersten Sanktionen nach der Krim-Annexion getroffen war, hat die momentane Krise vor allem in kurzfristiger Hinsicht das Potenzial, die zentralasiatischen Volkswirtschaften zu ruinieren. Die wirtschaftlichen Risiken sind dabei nicht gleichmäßig in der gesamten Region verteilt, sondern davon abhängig, wie exponiert die einzelnen Republiken gegenüber den weiteren Entwicklungen in Russland sind und wie die einzelnen Regierungen politisch reagieren werden. Alle zentralasiatischen Staaten werden jedoch in irgendeiner Form mit Sicherheitsrisiken zu ringen haben, deren Gründe in der zunehmenden Aktivität gewalttätiger religiöser Akteure und der politischen regionalen Volatilität liegen.

Das Risiko islamistischer Gewalt

Für die säkularen Führungen Zentralasiens, die mehrheitlich muslimische Bevölkerungen regieren, war der aufkeimende religiöse Sektor in ihren Ländern schon immer ein Grund zur Beunruhigung. Aus Angst, der Islam könne dem Widerstand gegen ihre autoritäre Herrschaft als Mobilisierungsplattform dienen, gehen sie gegen alle religiösen Ausdrucksformen, die nicht mit der vagen Interpretation eines unklaren offiziellen Islam übereinstimmen, hart vor. Während die religiöse Frömmigkeit in Teilen der Region zugenommen hat, vertritt die Mehrheit der zentralasiatischen Muslime moderate und traditionelle Formen des Islam. Zwar haben konservative Glaubensgemeinschaften an Beliebtheit gewonnen, viele von ihnen lehnen jedoch Gewalt ab und verfügen soweit bekannt auch über keine Verbindungen zu gewalttätigen islamistischen Organisationen. Nichtsdestotrotz hat es in Zentralasien sporadische Terroranschläge gegen die herrschende Regime und kleinere Aufstände gegeben. Diese Vorfälle religiös motivierter Gewalt haben zu einer Wahrnehmung des islamischen Terrorismus als massiver Gefahrenquelle geführt. Aus Befürchtung vor einer gewaltsamen Radikalisierung haben die Behörden harte Antiterrormaßnahmen ergriffen und das religiöse Leben eingeschränkt. Der globale »Krieg gegen den Terror« und die unerwartet hohe Anzahl von Bürger:innen zentralasiatischer Staaten, die im letzten Jahrzehnt zum Kämpfen nach Syrien oder in den Irak gegangen sind, haben die regionalen Regierungen in ihrer Überzeugung bestärkt, dass ihre Bevölkerungen und Territorien akut von islamistischer Gewalt bedroht sind.

Seit der Machtübernahme der Taliban nach dem Abzug der NATO- und US-Truppen aus Afghanistan ist die Torgefahr in Zentralasien gestiegen. Am Tag der Einnahme Kabuls durch die Taliban warnte der usbekische Analyst Yuri Sarukhanyan davor, dass die größte Gefahr, die von der erneuten Machtübernahme der Taliban in Afghanistan ausginge, eine »Talibanisierung« der Gesellschaften Zentralasiens sei. Während diese unheilvolle Prognose die islamistische Gefahr in der Region übertreibt, ruft sie gleichzeitig die Kooperation extremistischer Kämpfer aus Zentralasien mit den Taliban und anderen islamistischen Gruppierungen ins Bewusstsein. In vielen afghanischen Provinzen, die zentralasiatischen Kämpfern als Rückzugsorte dienen, ist die öffentliche Ordnung nicht in der Hand der Taliban. Ursprünglich aus Zentralasien stammende Terrorgruppen wie die Islamische Bewegung Usbekistan, die Islamische Dschihad-Union und Jamaat Ansarullah, sowie aus Syrien oder dem Irak zurückkehrende Kämpfer mit zentralasiatischem Hintergrund, wurden in verschiedenen Teilen Afghanistans gesichtet. Der Erzfeind der Taliban – der selbsternannte »Islamische Staat in Khorasan« (IS-K) – hat die Versuche zur Rekrutierung verarmter Afghan:innen, u. a. über das Internet, zuletzt verstärkt. In einer Phase, in der immer mehr zentralasiatische Arbeitnehmer:innen aufgrund der ökonomischen Krise und der zunehmend unprofitablen Arbeitsmigration in die Erwerbslosigkeit rutschen, wird der Pool potenzieller Rekrut:innen für islamistische Gruppierungen größer, auch unter denjenigen, die sich in Russland durchschlagen.

Jedoch treiben herausfordernde wirtschaftliche Umstände allein noch keinen Menschen in die Radikalisierung. Allerdings können schwerwiegende und plötzliche Veränderungen des Einkommensniveaus in Kombination mit einer wachsenden sozialen Ungleichheit Empfindungen der Unzufriedenheit und Entfremdung verstärken, die den Einzelnen für die Rekrutierung durch Terrorgruppen empfänglicher machen können. Insbesondere junge Menschen sind während Wirtschaftskrisen vom Risiko einer Radikalisierung betroffen, da Bedürfnisse nach Identität und Zugehörigkeit im Kontext erodierender Sozial- und Familienbindungen nicht erfüllt werden können. Stressfaktoren wie der Verlust des Arbeitsplatzes oder die Zwangsversteigerung des eigenen Hauses können die Beziehungen zu Angehörigen belasten. Radikale Gruppen geben ihren Rekrut:innen in einer solchen Situation das Gefühl, relevant und wichtig zu sein, was besonders auf junge Menschen eine starke Anziehungskraft ausüben kann. In Zentralasien wurde in den sozialen Medien viel über das »Islamische Emirat« der Taliban diskutiert und teilweise als mögliches Gegenmodell zu den westlichen, russischen oder chinesischen Alternativen dargestellt.

Diese Risiken spitzen sich im Zuge des russischen Kriegs in der Ukraine weiter zu. Moskau galt in der Region bisher als Sicherheitsgarant und hat den zentralasiatischen Republiken beim Grenzschutz und dem Ausbau ihrer Antiterrorkapazitäten geholfen. Allerdings wurden die militärischen Ressourcen Russlands bereits vor dem Angriff auf die Ukraine, u. a. durch Einsätze in Berg-Karabach, Belarus und Syrien, stark beansprucht. Schließlich hat der Kreml nicht erst seit dem Überfall auf die Ukraine eine schlechte Bilanz, was Sicherheitsverpflichtungen gegenüber den eigenen Verbündeten in der Region angeht. Drei Monate nach dem Angriff hat sich der Fokus des Kreml nahezu gänzlich auf Kiew verlagert, was in den zentralasiatischen Hauptstädten Zweifel hervorruft, ob Moskau überhaupt zur Bereitstellung militärischer Unterstützung in der Lage wäre, wenn sich Kämpfer aus Afghanistan dazu entscheiden sollten, die Grenze zu überqueren und Angriffe in der Region zu verüben. Bisher hat Russland in der Ukraine unerwartet hohe Verluste erlitten und es wird immer deutlicher, dass der Zustand der russischen Truppen bei weitem nicht so gut ist, wie viele, insbesondere die russische Führung selbst, zuvor gedacht hatten. Was die Regierungen Zentralasiens an Vertrauen in die Stärke des russischen Militärs besaßen, wurde durch die jüngsten Entwicklungen zweifelsfrei erschüttert. Auch das könnte denjenigen in die Hände spielen, die an einer Destabilisierung Zentralasiens interessiert sind.

Steigende politische Volatilität

Ein zweites Sicherheitsrisiko, das aus dem russischen Krieg gegen die Ukraine und seinen wirtschaftlichen Folgen für Zentralasien erwächst, ist die erhöhte politische Volatilität in der Region, die sich in zunehmenden Protesten und gewalttätigen Unruhen äußern könnte. Eine derartige Destabilisierung wird nicht auf eine einzige Ursache zurückführbar sein, sondern als Kombination wirtschaftlicher Unsicherheit, Korruption, interethnischer Spannungen und autoritärer Regierungsführung auftreten, die neue Unruhen hervorruft.

Wirtschaftliche Not erzeugt politische Spannungen, verstärkt Empfindungen von Ungerechtigkeit und führt zu sozialer Deprivation. Es besteht ein breiter Konsens über die Auswirkungen wirtschaftlicher Krisen auf politische Polarisierungsprozesse und verschiedene Arten von gewalttätigem und »abweichendem« Verhalten, zum Beispiel in Form von Kriminalität. Da Wirtschaftskrisen menschengemachte Katastrophen sind, geben die Bürger:innen oft ihren Regierungen die Schuld dafür, sie nicht verhindert oder nicht angemessen auf sie reagiert zu haben. Aus Unmut über die staatliche Politik hervorgerufene Entfremdungsgefühle sind inner- und außerhalb Zentralasiens eine beständige Quelle von Protesten und Gewalt. Auch langanhaltende Phasen wirt-

schaftlicher Rezession haben in der Vergangenheit politische Unruhen ausgelöst.

Die Unruhen in Kasachstan im Januar 2022, die in der Stadt Schangaösen begannen, wurden durch eine Erhöhung der Preise für Flüssiggas (LPG, *Liquified Petroleum Gas*) ausgelöst. Es war nicht das erste Mal, dass die unter geringer Bezahlung und schlechten Arbeitsbedingungen leidenden Angestellten vor Ort streikten. Der Sturz Dscheenbekows in Kirgistan im Herbst 2020 hing mit einem verbreiteten Unmut in der Bevölkerung über seine unfähige und korrupte Regierung zusammen, die es nicht geschafft hatte, ihre wirtschaftlichen Versprechen zu erfüllen. Bereits zuvor waren die Staatsoberhäupter anderer zentralasiatischer Länder mit einer ähnlichen Unzufriedenheit konfrontiert, weshalb die Behörden versuchen, öffentlichen Widerspruch, oppositionelle Stimmungen und die offene Zurschaustellung von Religion einzudämmen. Selbst in Usbekistan, wo es selten zu Protesten kommt, hat die Unzufriedenheit der Menschen über Engpässe bei der Stromversorgung wiederholt zu Unruhen geführt.

In Zentralasien, wo Moskaus Aggression sowohl glühende Unterstützer:innen als auch Gegner:innen findet, hat der Krieg in der Ukraine teilweise zu verstärkten Protesten geführt. Unabhängig von ihrer Haltung zum Krieg haben sowohl die Bürger:innen als auch die politischen Führungen der zentralasiatischen Republiken genug von ihrer fortwährenden Abhängigkeit von Russland mit Hinblick auf Exportmöglichkeiten, Sicherheitsgarantien und Zugang zu Arbeitsmärkten. Diese Abhängigkeit macht sie anfällig für die Folgen des russischen Handelns und westliche Sanktionen. Die Regierungen in der Region versuchen einen schwierigen Drahtseilakt zu vollführen und weder den Kreml noch den Westen zu verärgern. Die Kompromisse, um die sie sich fortwährend bemühen, könnten von ihrer eigenen Bevölkerung womöglich als unbefriedigend wahrgenommen werden.

Fazit

Zentralasien grenzt an vier Länder, von denen drei – Iran, Afghanistan und Russland – vom Westen mit Sanktionen belegt wurden. Für die Region spielen jedoch die gegen Russland verhängten Sanktionen eine weitaus größere Rolle als die Sanktionen gegen den Iran oder Afghanistan, da viele zentralasiatische Staaten durch Handelsbeziehungen und Remissenzahlungen eng mit Moskau verbunden sind. Bisher galt Russland für die zentralasiatischen Republiken als eine Quelle von Stabilität und Sicherheit, deren Regierungen nicht gewillt sind, ihre Staaten zu demokratisieren, und weiter damit hadern, den wiederauflebenden Islam in ihre säkularen politischen Systeme zu integrieren. Die wirtschaftlichen Herausforderungen, vor die Zentralasien als Ergebnis der westlichen Sanktionen gegen Russland gestellt ist,

werden die bereits bestehenden sozialen Risse in der Region weiter vertiefen und zu Instabilität beitragen. Die Kombination aus Instabilität und der Existenz extremistischer Gruppen in der Region und Afghanistan könnte

sich als Nährboden für eine langfristige Gefährdung der Sicherheit Zentralasiens herausstellen.

Aus dem Englischen von Armin Wolking

Über die Autorin

Dr. *Mariya Y. Omelicheva* ist Professorin für Nationale Sicherheitsstrategie am National War College der National Defense University in Washington, D.C. Ihre Forschungsinteressen umfassen die russische Außen- und Antiterrorpolitik, Fragen der eurasischen Sicherheit und die Verbindung von Kriminalität und Terrorismus. Alle in dieser Analyse vertretenen Meinungen sind ihre eigenen und stellen keine offiziellen Positionen der Regierung oder des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten dar.

Frugale Innovationen im Gesundheitswesen – Potentiale für die Gesundheitsversorgung in Usbekistan?

Philipp Walther (Hochschule Fresenius, Hamburg/Köln) und Rajnish Tiwari (Center for Frugal Innovation am Institut für Technologie- und Innovationsmanagement der Technischen Universität Hamburg / Hochschule Fresenius, Hamburg)

DOI: 10.31205/ZA.152.03

Zusammenfassung

Frugale Innovationen sind neuartige, sogenannte disruptive Lösungen für unterschiedlichste, zum Beispiel gesellschaftliche, organisatorische oder technologische Probleme, die hervorragende Qualität bei geringen Kosten bieten. Eine Reihe frugaler Innovationen zeigen ihre Wirksamkeit im Gesundheitswesen von Indien, China und einigen afrikanischen Schwellenländern. In Usbekistan sind nicht-übertragbare Krankheiten mit Abstand die häufigste Todesursache und auch die multiresistente Tuberkulose stellt das Gesundheitssystem weiterhin vor Herausforderungen. Hier könnten frugale Innovationen wie Point-of-Care-Tests oder mobile Technologien ansetzen und einen Beitrag zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung leisten.

Gesundheitssystem und Gesundheitsversorgung in Usbekistan

Usbekistan muss sich komplexen Herausforderungen an die Gesundheitsversorgung seiner Bevölkerung stellen. Die Landfläche ist zwar nur etwa ein Drittel größer als die Deutschlands, jedoch stellt schon allein die Geographie Usbekistans die Gesundheitsversorgung vor besondere Probleme. Von den dünn besiedelten weitläufigen Flächen im Westen über das dichtbesiedelte Fergana-Tal bis zu den usbekischen Exklaven in Kirgistan gilt es, eine flächendeckende Grund-, Notfall- und Schwerpunktversorgung sicherzustellen.

Die Bevölkerung Usbekistans ist vergleichsweise jung. Das Durchschnittsalter beträgt 27,8 Jahre und die Lebenserwartung 71,4 Jahre. Versorgt werden die 33,5 Millionen Usbek:innen von 2,3 Ärzten pro 1.000 Einwohnern, was unter dem Durchschnitt von 2,6 Ärzten für Zentralasien und von 4,5 Ärzten für Deutschland liegt. Auch die Anzahl der Krankenhausbetten pro 1.000 Einwohnern liegt in Usbekistan mit 4,2 unter dem zentralasiatischen Durchschnitt von 5,1 Betten. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind ein Großteil der Krankenhäuser nicht adäquat ausgestattet und entsprechen nur bedingt den westlichen Hygienestandards. Hierbei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen der ländlichen und städtischen Gesundheitsversorgung.

Die staatliche Gesundheitsversorgung findet im Wesentlichen auf drei hierarchisch angeordneten Ebenen statt: die nationale (republikanische) Ebene, die viloyat (regionale) Ebene und die tuman (bezirkliche) Ebene. Die Gesamtsteuerung der Versorgung und die strategische Planung wird vom Gesundheitsministerium in Taschkent wahrgenommen, das somit der Hauptakteur im usbekischen Gesundheitswesen ist. Gleich-

wohl der Gesundheitsversorgung ein hoher Stellenwert eingeräumt wird, werden hierfür lediglich 5,6 % des Bruttoinlandsproduktes ausgegeben. Dies entspricht dem Gesamtdurchschnitt der zentralasiatischen Länder, wobei der Wert in Deutschland bei 13,1 % liegt. Weiterhin erwähnenswert ist der Anteil von 60 % Privatzahler:innen an den Gesamtausgaben, der damit fast fünfmal so hoch ist wie in Deutschland (13 %). Die gesamten Pro-Kopf-Ausgaben für die Gesundheitsversorgung liegen in Usbekistan bei umgerechnet 459 US-Dollar im Vergleich zum zentralasiatischen Durchschnitt von 606 US-Dollar. Der staatliche Anteil liegt hier bei lediglich 40 %, während der restliche Teil der Gesamtkosten von den Selbstzahler:innen aufgewendet wird. Grund- und Notfallversorgung werden dem Großteil der Bevölkerung staatlich garantiert, während dies in einigen abgelegeneren Landesteilen nicht immer der Fall ist. Spezialisierte, darüber hinausgehende staatliche Versorgungsleistungen sind jedoch nur bestimmten, als solchen definierten vulnerablen Gruppen, wie Renter:innen und chronisch kranken Menschen, vorbehalten.

Wesentliche Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung Usbekistans

Die Gesundheitsversorgung Usbekistans sieht sich mit einigen Problemen konfrontiert, die vor allem durch die teilweise sehr hohe Umweltverschmutzung verursacht werden. Beispielsweise führt verunreinigtes Wasser im Bezirk Muinak am Aralsee zu einer sechsfach höheren Infektionsrate mit Hepatitis A. Luftverschmutzung führt in der gesamten autonomen Republik Karakalpakistan zu einer deutlich erhöhten Rate von Anämie bei Kindern und schwangeren Frauen. Insgesamt ist die Säuglingssterblichkeit in Usbekistan seit den 2000er Jahren von 51,8 deutlich auf 17,6 Todesfälle pro 1000

Geburten gefallen (In Deutschland liegt dieser Wert bei 3,3 Todesfällen). Zu den häufigsten Krankheiten gehören jene, die mit verunreinigtem Trinkwasser in Verbindung stehen: Typhus, Hepatitis, Dysenterie, Cholera und verschiedene Krebsarten.

Krankheiten des Herz-Kreislauf-, Atmungs- und Verdauungssystems sowie Infektions- und Parasitenkrankheiten sind die Haupttodesursache. Mit 84 % sind nichtübertragbare Erkrankungen häufigste Todesursache, wobei die Herz-Kreislauf-Erkrankungen die größte Rolle spielen. Während die Inzidenz von Tuberkulose in den letzten Jahren zurückgegangen ist, ist der Anteil von Infektionen mit multiresistenter (also medikamentenresistenter) Tuberkulose (MDR-TB) gestiegen. Da die Behandlung schwierig und kostenintensiv ist wird die MDR-TB in verschiedenen nationalen Projekten direkt adressiert und ihrer Prävention und möglichst frühen Diagnose Priorität eingeräumt.

Nationale Projekte und internationale Initiativen

Die usbekische Gesundheitsversorgung und -politik ist im Begriff sich auf diese Herausforderungen einzustellen. Die Etablierung eines modernen Gesundheitssystems und die Verbesserung der Gesundheitsversorgung sind Ziel des »Konzeptes für die Entwicklung des Gesundheitssystems der Republik Usbekistan 2019–2021«. Seit der Verabschiedung 2018 wurden hierzu mehr als 160 Rechtsakte erlassen, die Umsetzung einer allgemeinen Gesundheitsreform wird bis 2025 angestrebt. Bei der Ausarbeitung des Konzeptes wurden Empfehlungen von WHO-Expert:innen berücksichtigt, wobei praktisch alle Bereiche abgedeckt werden: Optimierung der Gesetzgebung und des Systems zur Finanzierung des Gesundheitswesens, Verbesserung der Qualität und Zugänglichkeit der medizinischen Versorgung, schrittweise Einführung einer obligatorischen Krankenversicherung, Schaffung eines wirksamen Systems für die Ausbildung, Umschulung und Fortbildung des medizinischen Personals sowie die Einführung von Telemedizin. Mit dem Erlass des Präsidenten »Über Maßnahmen zur weiteren Entwicklung des privaten Gesundheitssektors« wird auch dem privatmedizinischen Sektor eine größere Rolle in der Gesundheitsversorgung eingeräumt. Zuletzt verzeichnete dieser Sektor einen Anstieg (zumeist kleinerer) medizinischer Einrichtungen auf über 5.800.

Neben den staatlichen Programmen gibt es eine Reihe internationaler Initiativen im Gesundheitswesen, die hier nur kurz angerissen werden. Bereits seit 1992 engagiert sich von deutscher Seite vor allem die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) für eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung durch die Anwendung moderner medizinischer Technolo-

gien. Hiermit verbunden ist die Aus- und Fortbildung des medizinischen und technischen Personals. Im Rahmen der Covid-Pandemie hat die GIZ zusammen mit dem Robert Koch-Institut und der Charité Berlin ein Telemedizin-Projekt im Bereich der Intensivmedizin umgesetzt. Ebenfalls bereits seit 1993 ist die WHO in Usbekistan aktiv und berät die Regierung bei der Verbesserung der Gesundheitsversorgung, wobei entsprechende Empfehlungen in dem Konzept für die Entwicklung des Gesundheitssystems berücksichtigt wurden. Auch die Weltbank ist mit einer Reihe von Projekten präsent, die u. a. auf einen verbesserten Zugang zur Primärversorgung und den Ausbau des Rettungsdienstsystems abzielen.

Die nationalen und internationalen Projekte und Initiativen können den derzeitigen und zukünftigen Herausforderungen nur begrenzt begegnen, da grundlegende Voraussetzungen hinsichtlich personeller und technischer Ressourcen noch nicht erfüllt sind. Angesichts der komplexen Herausforderungen, die sich der usbekischen Gesundheitsversorgung stellen, sollten daher auch disruptive und frugale Ansätze und Innovationen in Erwägung gezogen und als mögliche Ergänzung oder gar Alternative diskutiert werden.

Frugale Innovationen im globalen Gesundheitswesen

Der Begriff »frugale Innovation« bezieht sich auf Lösungen u. a. gesellschaftlicher, organisatorischer oder technologischer Probleme, die sowohl Produkte und Dienstleistungen als auch Geschäftsmodelle und Technologien umfassen können und hervorragende Qualität bei erschwinglichen Gesamtbetriebskosten ermöglichen. Der Begriff wurde vor ca. 13 Jahren von der britischen Zeitschrift *The Economist* geprägt, als sie 2009 im Rahmen einer Reportage mehrere unkonventionelle und kostengünstige Lösungen im Gesundheitssektor Indiens identifizierte. Beispielhaft sei hier die Entwicklung eines neuartigen und sicheren herzchirurgischen Verfahrens genannt, »das kaum Schmerzen verursacht und keine Vollnarkose oder Blutverdünner erfordert; die Patienten sind viel schneller wieder auf den Beinen als sonst«. Diese »disruptiven« Lösungen kommen mit deutlich weniger Ressourcen aus und sind doch hocheffektiv. *The Economist* schlussfolgerte, »die überladenen Gesundheitssysteme der reichen Welt können einiges von Indiens Unternehmern lernen«.

Dass diese Entdeckung im Gesundheitsbereich gemacht wurde, ist womöglich kein Zufall, da Medizinprodukte häufig von in Industrienationen angesiedelten Unternehmen allein für die dortigen Märkte entwickelt werden. Entwickeltere Volkswirtschaften verfügen in der Regel über effiziente Innovationssysteme und eine relativ »komfortable« Ressourcenausstattung.

Patient:innen und Krankenhäuser haben einen deutlich geringeren Kostendruck in versicherungsfinanzierten Gesundheitssystemen als in Schwellen- und Entwicklungsländern, wo eine große Anzahl von Patient:innen Selbstzahler sind.

Medizinische Geräte und andere Produkte aus Industrieländern sind daher häufig nicht in der Lage, die entsprechenden Probleme in Schwellen- und Entwicklungsländern zu lösen, da ihre Beschaffung nicht nur unverhältnismäßig teuer ist, sondern häufig auch die benötigte Infrastruktur fehlt, die zu ihrer Verwendung vorausgesetzt wird. Aus diesem Grunde nennen einige Autor:innen westliche Produkte und Technologien »voraussetzungsvolle Lösungen«, da ein überproportional hoher Prozentsatz der importierten Medizinprodukte in ressourcenarmen Gebieten nicht funktionsfähig ist. Zunehmend erscheint es auch so, dass die traditionellen profitorientierten Ansätze für die Erforschung und Entwicklung von Arzneimitteln für einige Krankheiten, wie beispielsweise Tuberkulose, nicht besonders geeignet sind, da die meisten betroffenen Patient:innen nicht die vorausgesetzte Kaufkraft aufweisen.

Während der Ursprung des Konzepts frugaler Innovation in den Schwellenländern liegt, wird es heute zunehmend als ein vielversprechendes Paradigma mit starker globaler Relevanz angesehen. Der Schwerpunkt liegt auf der Erzielung einer hohen Qualität bei erschwinglichen Kosten und minimalem Ressourceneinsatz. Die modulare Architektur der Lösungen ermöglicht eine Produktdifferenzierung, um die Anpassung an individuelle Kundenbedürfnisse zu optimieren und gleichzeitig den Aufwand von materiellen und finanziellen Ressourcen in der gesamten Wertschöpfungskette zu minimieren.

Unter Einhaltung der geltenden regulatorischen Normen im Zielmarkt können frugale Innovationen die vorherrschenden Industriestandards ablösen, da ihre disruptiven Lösungen das »Überfrachten« von Funktionalitäten vermeiden und die Gesamtkosten für Anschaffung, Nutzung und Entsorgung (»total costs of ownership«, TCO) dadurch erheblich senken. Studien zeigen, dass die TCO für Unternehmen und/oder Nutzer:innen zwischen 30 % und 95 % gesenkt werden können, wenn sich die jeweiligen Lösungen auf die benötigten Kernfunktionen konzentrieren und ein für den spezifischen Nutzungskontext optimiertes Leistungsniveau aufweisen.

Jüngste Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass die digitale Transformation eine Schlüsselrolle für den Erfolg frugaler Innovationen spielt, da digitale Technologien nahezu ohne variable Kosten funktionieren, Zugänge zu offenen Innovationsökosystemen ermöglichen sowie Plattformen für Produktentwicklung und -nutzung eröffnen. Die Kosten für die Produktentwicklung können durch agiles Projektmanagement und den

Einsatz digitaler Werkzeuge und Technologien erheblich gesenkt werden. Gerade der Gesundheitsbereich ist ein prädestiniertes Feld zur Anwendung frugaler Innovationen, was anhand von einigen Beispielen im nächsten Abschnitt gezeigt wird.

Die Potentiale frugaler Innovationen für die Gesundheitsversorgung

Im Folgenden sollen Beispiele frugaler Innovationen vorgestellt werden, welche die bereits skizzierten Herausforderungen im usbekischen Gesundheitswesen, wie die Gewährleistung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen oder die Eindämmung von Infektionskrankheiten, adressieren.

Ein hervorragendes Beispiel für frugale Innovationen im Gesundheitsbereich bietet MACi, ein mobiles und benutzerfreundliches Elektrokardiogramm (EKG)-Gerät, das von Ingenieuren von General Electric (GE) in Indien entwickelt wurde. MACi wurde vor Ort unter Verwendung von handelsüblichen Komponenten entwickelt und kann mit einer Batterie betrieben werden, um Stromausfällen oder lückenhafter Stromversorgung in ländlichen Gebieten zu trotzen. MACi hat nur wenige Tasten, so dass es von Personen ohne aufwändige technische Ausbildung bedient werden kann. Es nimmt wenig Platz ein und ist so robust konstruiert, dass es auch in nicht-klimatisierten und staubigen Umgebungen eingesetzt werden kann. Die Kosten für ein MACi-Gerät betragen zum Zeitpunkt der Markteinführung etwa 500 USD, während ein voll ausgestattetes Einsteigerprodukt in den USA das zwanzigfache (~10.000 USD) kostet. Ein wichtiges Merkmal von MACi ist, dass es mit demselben Algorithmus arbeitet wie seine nicht-frugalen Standardversionen in den USA und somit dasselbe Qualitätsniveau bei einer fokussierteren Funktionalität gewährleistet. Dieses Beispiel zeigt, dass ein frugales Produkt den Lebensstandard in einer Gesellschaft erheblich verbessern und die soziale Inklusion fördern kann. Die Nachfrage nach MACi blieb nicht auf Indien und andere Schwellenländer mit ähnlichen sozioökonomischen Rahmenbedingungen beschränkt. Diese disruptive Innovation eröffnete in den entwickelteren Volkswirtschaften, wo MACi beispielsweise von Notärzten mittlerweile als nützliches Gerät für Einsätze betrachtet und mitgeführt wird, ein völlig neues Marktsegment.

Ein weiteres Beispiel aus dem Bereich der Medizintechnik betrifft Röntgengeräte, die gesondert für China und Indien entwickelt werden. Sie wurden für wichtige Standardverfahren wie die Untersuchung von Knochenbrüchen oder Tuberkulosepatient:innen konzipiert und verfügen über eine entsprechend fokussierte Funktionalität. Durch die Verwendung von alternativen geeigneten Materialien werden die Kosten gesenkt. Die Geräte sind auch viel robuster und für hohe Luftfeuchtigkeit und gele-

gentliche Stromausfälle ausgelegt. Mit einem Preis von unter 20.000 Euro sind sie deutlich günstiger als Röntengeräte in Deutschland, die über 50.000 Euro kosten.

Aber auch der Einsatz von modernen digitalen Technologien zur Erzielung von qualitativ hochwertigen und zugleich kosteneffektiven Leistungen im Gesundheitsbereich ist inzwischen bestens belegt. iBeastExam ist eine frugale Lösung, die in einem Startup-Unternehmen an der University of Pennsylvania (USA) für die Früherkennung von Brustkrebs entwickelt wurde. Die Innovation nutzt allgemein verfügbare digitale Technologie und liefert eine hochpräzise aber kostengünstige Leistung. Inzwischen wird sie in Partnerschaft mit Siemens Healthineers in den USA vertrieben. In ähnlicher Weise ermöglichen Virtuelle Realität (VR) und Simulationstechnologien eine bessere und wirksamere Behandlung, insbesondere bei seltenen Krankheiten. Ärzte und Lernende können ihre Fähigkeiten auf kostengünstige Weise auf dem neuesten Stand halten.

Die Möglichkeiten frugaler Lösungen bei der Tuberkulose-Bekämpfung

Wie eingangs beschrieben stellen bestimmte Infektionskrankheiten wie Tuberkulose oder HIV das Gesundheitssystem in Usbekistan vor große Herausforderungen. Neben programmatischen Schwächen ist es vor allem der Mangel an diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten, der die gesundheitliche Situation in Usbekistan vor allem hinsichtlich der Eindämmung der MDR-TB erschwert. Mehrere Studien zeigen, dass frugale Lösungen auch gewinnbringend zur Früherkennung und Behandlung von Tuberkulose eingesetzt werden können.

Die dezentralisierten Point-of-Care-Tests (POC-Tests), die in Gemeinden, zu Hause oder in Zentren der primären Gesundheitsversorgung durchgeführt werden können, können Verzögerungen bei der Diagnose und Behandlung von Tuberkulose sowie die Ansteckungsgefahr für andere verringern. Eine patientennahe Untersuchung ermöglicht im Gegensatz zu den herkömmlichen laborgestützten Tests eine schnelle Diagnose und weitere situative Behandlungsentscheidungen (z. B. Überweisung oder Folgetests). Lange Durchlaufzeiten und Verzögerungen bei den laborgestützten Tests führen dazu, dass Patienten aus den Test- und Behandlungspfaden herausfallen, was sich für sie nachteilig auf die Entwicklung fortgeschrittener Krankheitsstadien und Arzneimittelresistenzen auswirken kann.

Frugale Geräte für solche POC-Tests erfüllen die von der WHO definierten »ASSURED«-Kriterien (Affordable, Sensitive, Specific, User-friendly, Rapid and robust, Equipment free, and Delivered: erschwinglich, empfindlich, spezifisch, benutzerfreundlich, schnell und robust, geräteunabhängig und verfügbar). Sie senken

die Nutzungskosten und -barrieren, da sie einfach bedienbar, günstig und schnell sind. Beispielfür ein solches Gerät steht der Xpert MTB/RIF, der auf der GeneXpert-Plattform basiert und von der Firma Cepheid (Sunnyvale, CA, USA) entwickelt wurde.

Untersuchungen in Indien und Südafrika zeigen, dass in ausgewählten öffentlichen Kliniken mit dem Xpert MTB/RIF ein molekularer Test eingesetzt wird, der eine Tuberkulose-Diagnose in 90 Minuten verspricht. Für die Tests, die vor Ort durchgeführt werden, liegen die Ergebnisse noch beim selben Patiententermin vor. Laut einer Studie kann der MTB/RIF-Test in ressourcenarmen Gebieten wirksam eingesetzt werden, um den Zugang der Patient:innen zu einer frühzeitigen und genauen Diagnose zu erleichtern und so die mit Diagnoseverzögerungen, Ausfällen und Fehlbehandlungen verbundene Morbidität zu verringern.

Beispielsweise ermöglicht KUDUwave, ein leichtes und tragbares Audiometer, das von eMoyo Technologies in Südafrika entwickelt worden ist, eine hochwertige Patientenversorgung. Die Betriebskosten sind mit 0,57 US-Dollar je nach Modell vier- bis zehnfach niedriger als die Standardprodukte. KUDUwave kann 30–40 Patient:innen pro Tag testen und ermöglicht den telemedizinischen Einsatz in ländlichen Gebieten. Das Produkt wurde von der US-Behörde für Lebens- und Arzneimittel zugelassen und wird in den USA hergestellt. KUDUwave wurde u. a. im Rahmen eines Regierungsprogrammes für die Behandlung von MDR-TB eingesetzt, da es ebenfalls die Diagnose von Schwerhörigkeit und Ototoxizität, Nebenwirkungen einiger Therapien gegen MDR-TB, ermöglicht.

Es konnten auch Studien identifiziert werden, die den gewinnbringenden Einsatz von »Clinical Decision Support Systems« (CDSS) in frugalen Nutzungskontexten, wie z. B. Indien, Südafrika oder Tansania – etwa bei der Diagnose und Behandlung von MDR-TB sowie in Geburtskliniken – belegen. CDSS sind Gesundheitsinformationstechnologien, die Ärzt:innen und medizinischem Personal nach bestimmten Diagnosen entsprechende Entscheidungen für die weitere Behandlung des Patienten vorschlagen.

Ausblick

Diese Analyse verfolgt den Zweck, die Möglichkeiten und Potentiale frugaler Innovationen für die Gesundheitsversorgung in Usbekistan aufzuzeigen. Durch eine systematische Analyse frugaler Lösungen in bestimmten Bereichen und dem Abgleich mit den Anforderungen an die Gesundheitsversorgung und -vorsorge können qualitativ hochwertige und kostengünstige Ansätze sowohl im Sinne der »best practices« als auch zur Generierung neuer Innovationsimpulse identifiziert und adaptiert werden.

Bewusst wurde in den Ausführungen zunächst kein Schwerpunkt auf digitale Innovationen gelegt, gleichwohl digitale Technologien oftmals die Grundlage moderner frugaler Lösungen darstellen. Frugale digitale Lösungen zeigen sich beispielsweise bei digitalen Therapien oder telemedizinischen Ansätzen, die auch für Usbekistan relevant sind, einem Land, in dem die Internetverfügbarkeit bei 60 % liegt. Jüngst hat der chinesi-

sche IT-Konzern Alibaba KI-Algorithmen zur Analyse von CT-Scans für COVID-19 entwickelt. Die Algorithmen können CT-Scans analysieren und Corona-Infektionen mit hoher Präzision und Geschwindigkeit rund um die Uhr und ohne ermüdungsbedingte Fehlanalysen diagnostizieren. Diese frugale Innovation ist höchst effizient – jedoch ohne die Grundausstattung des Krankenhauses mit einem (frugalen) CT nicht nutzbar.

Die Autoren haben für diesen Beitrag keine Drittmittelfinanzierung erhalten. Interessenkonflikte liegen nicht vor.

Über die Autoren

Dr. *Philipp Walther* ist Professor und Studiengangsleiter für Gesundheitsmanagement an der Hochschule Fresenius. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Digitalisierung im Gesundheitswesen und nachhaltigen Versorgungskonzepten. Neben seiner Tätigkeit an der Hochschule ist er als Advisor für nationale und internationale Gesundheitsorganisationen tätig.

Dr. *Rajnish Tiwari* ist Professor für Betriebswirtschaftslehre und Globale Innovation im Fachbereich onlineplus der Hochschule Fresenius. Darüber hinaus ist er Mitbegründer und Leiter des Center for Frugal Innovation am Institut für Technologie- und Innovationsmanagement der Technischen Universität Hamburg (TUHH).

Die erste postsowjetische Dynastie Zentralasiens

Entgegen allgemeiner Annahmen ist es statt in Tadschikistan nun doch zuerst in Turkmenistan passiert: Ein postsowjetisches Regime Zentralasiens hat die Form einer autokratischen Erbdynastie angenommen, in der das Präsidentenamt vom Vater an den Sohn weitergegeben wird. Am 12. März 2022 wurde Serdar Berdymuchammedow, der einzige Sohn des vorherigen Präsidenten Gurbanguly Berdymuchammedow, offiziell mit 72,97 % der Stimmen zum dritten Staatsoberhaupt Turkmenistans gewählt. Die Wahl markiert den Schlusspunkt eines bereits im Oktober 2017 von G. Berdymuchammedow eingeleiteten Prozederes, durch das nicht nur der dynastische Transfer des Präsidentenamtes vorbereitet werden sollte, sondern das ebenso die verfassungsmäßige Grundlage für jene Konstellation geschaffen hat, in der sich Vater und Sohn seit der Amtsübernahme von letzterem nun befinden. Damals hat G. Berdymuchammedow kurz nach Beginn seiner dritten Amtszeit den Ältestenrat, ein vom Parlament (*Mejlis*) separiertes Gremium mit rein beratender/legitimatorischer Funktion, in einen »Volksrat« (*Halk Maslahaty*) umgewandelt, einer zuletzt bis zu ihrer Auflösung 2008 bestehenden Körperschaft mit in Konkurrenz zur *Mejlis* stehenden Kompetenzen. Nach einer intransparenten, von G. Berdymuchammedow selbst initiierten Verfassungsänderung Ende 2020 wurden der Volksrat und die *Mejlis* zum »Nationalrat« (*Milli Geňes*) als neuem Zweikammerparlament verschmolzen, wobei der Volksrat seitdem das Oberhaus darstellt. In einem weiteren Schritt wurde der Volksrat im März 2021 nach international wenig bis gar nicht beachteten indirekten Wahlen, die wie bisher alle in Turkmenistan weder frei noch fair waren, zum ersten Mal als neues parlamentarisches Oberhaus konstituiert, wobei sich G. Berdymuchammedow unter eklatanter Verletzung der Verfassung erst zum Senator und schließlich zum Vorsitzenden des Volksrates hat wählen lassen. Dadurch wurde dieser gleichzeitig zur Nummer 2 im Staat, da es laut neuer Verfassung der Vorsitzende des Volksrates ist, der den Präsidenten nach dessen Rücktritt oder Ableben interimsmäßig ersetzt.

Parallel hat G. Berdymuchammedow für einen rasanten politischen Aufstieg seines Sohnes durch die verschiedenen öffentlichen Ämter gesorgt, der von den staatlichen Medien entsprechend begleitet und inszeniert wurde. Nachdem S. Berdymuchammedow zuvor u. a. diplomatische Posten repräsentativer Natur im Ausland wahrgenommen hat, ist er mittels fingierter Nachwahl im Gebiet Ahal 2016 *Mejlis*-Abgeordneter geworden. 2018 wurde er von seinem Vater zum stellvertretenden Außenminister ernannt, 2019 zum stellvertretenden Gouverneur des politisch zentralen Gebietes Ahal und noch im selben Jahr zu dessen Gouverneur. 2020 ging es weiter ins Amt des Industrie- und Bauministers und im Februar 2021 in eine Tripelposition, bestehend aus den Ämtern des stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitz für Digitalisierung und Innovationen, dem Vorsitz der opaken Obersten Kontrollkammer und einer Mitgliedschaft im Staatssicherheitsrat. Die Ernennung zum ersten stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitzenden für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten im Juli 2021 hat S. Berdymuchammedow schließlich offiziell zur Nummer 2 im Kabinett gemacht, die fortan mit Nummer 1 verwandt war, da Staatsoberhaupt und Regierungschef im turkmenischen Superpräsidentialismus als Personalunion bestehen.

In einer Ansprache an den Nationalrat am 11. Februar hat G. Berdymuchammedow verkündet, dass er die Verantwortung für die Leitung der Staatsgeschäfte an »junge Anführer« abgeben möchte, womit er das 2017 eingeleitete Transferprozedere auch rhetorisch zum Abschluss brachte, nachdem er die Umwandlung des Ältesten- zum Volksrat damals mit dem angeblichen Wunsch begründet hat, auch jüngere Personen an der Politik teilhaben zu lassen. Einen Tag nach der Ansprache hat der Nationalrat vorzeitige Präsidentschaftswahlen für den 12. März angesetzt, die den dynastischen Ämtertransfer lediglich formalisierten. Das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE hat direkt im Vorhinein auf die Entsendung von Wahlbeobachtern verzichtet (<https://www.osce.org/odihr/elections/turkmenistan/513565>).

Mit der Übernahme der Amtsgeschäfte S. Berdymuchammedows am 19. März ist ein bisher einzigartiges System im postsowjetischen Raum entstanden, das einen Dynastismus nach aserbaidshanischem Vorbild mit der Logik eines Duumvirates kombiniert, wie es ähnlicherweise bis zu den schweren Unruhen im Januar diesen Jahres zwischen Kasym-Dschomart Tokajew und Nursultan Nasarbajew in Kasachstan bestanden hat. Wie Nasarbajew (noch (<https://www.facebook.com/karin.erlan/posts/705629380628839>)) trägt G. Berdymuchammedow mit *Arkadag* (etwa »Patron«) seit 2013 einen nationalen Ehrentitel, der ihm u. a. absolute Strafmunität gewährt und den über das Amtsende hinausreichenden Kult um seine Person versinnbildlicht, während er als Vorsitzender des Volksrates offiziell die Nummer 2 im Staat bleibt. Die größte Änderung im turkmenischen Regime besteht somit weniger im eigentlichen Ämtertransfer vom Vater an den Sohn, als eher darin, dass die ungebrochen personalistische Herrschaft ab sofort durch eine ambivalente Konzeption staatlicher Macht definiert wird, die nun zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit nicht mehr exklusiv im Präsidenten repräsentiert sondern unklar auf zwei Personen verteilt ist. Es verwundert somit nicht, dass S. Berdymuchammedow seit seinem Amtsantritt (<https://tdh.gov.tm/ru/post/30761/torzhestvennaya-ceremoniya>

inauguracii-prezidenta-turkmenistana-2) bisher nur solche Signale ausgesendet hat, die eine bedingungslose Fortführung der Politik seines Vaters ankündigen.

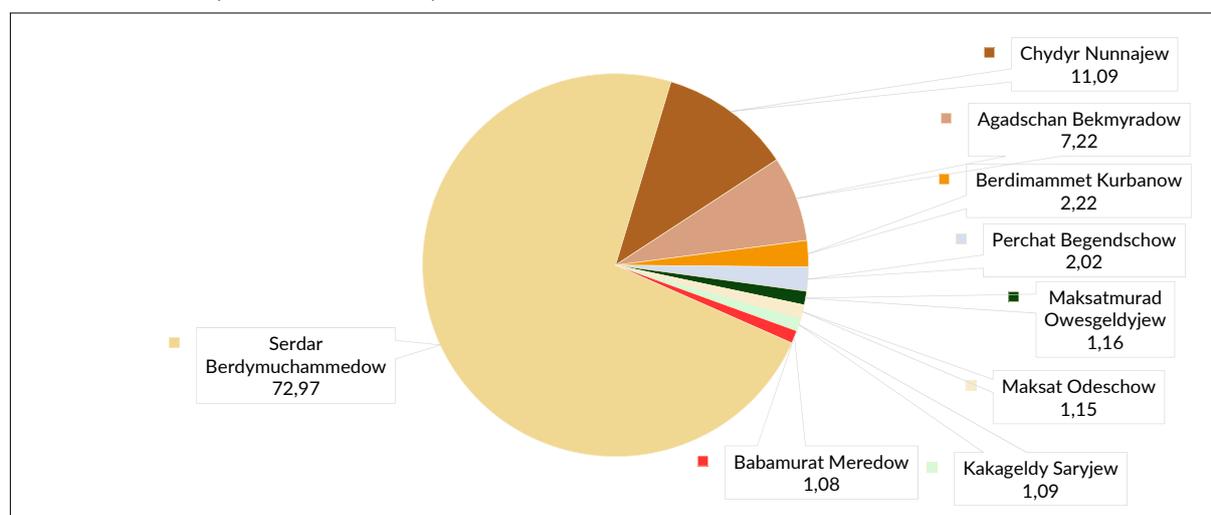
In den ersten zwei Monaten seiner Präsidentschaft konnte S. Berdymuchammedow in dem Entscheidungsdispositiv, das der übermächtige Personenkult des *Arkadag* um sein Amt legt, nicht den geringsten Handlungsspielraum geltend machen, weshalb er sich bis jetzt vornehmlich mit dem Mikromanagement von Fragen wie der Umstrukturierung des zentralen Personenstandsarchivs (<https://tdh.gov.tm/ru/post/31224/zasedanie-kabinetaministrov-turkmenistana-38>), der Verkehrssicherheit in der Hauptstadt (<https://turkmenportal.com/blog/45970/v-ashhabade-vyyavleny-mnogochislennye-narusheniya-pravil-dorozhnogo-dvizheniya>) oder dem Erlassen von grotesken Vorschriften für Frauen (<https://www.rferl.org/a/turkmenistan-restrictions-women-appearance-travel/31834476.html>) befasst hat. Sein Kabinett ist, bis auf den Innen-, Handels- und einige stellvertretende Minister, bisher unverändert vom Vorgänger übernommen. Auch wenn S. Berdymuchammedow einige Reformen u. a. im Agrarsektor angeordnet hat (<https://www.azernews.az/region/191730.html>), was zumindest auf ein Bewusstsein des neuen Präsidenten für die im Land grassierende Ernährungsunsicherheit (<https://www.laender-analysen.de/zentralasien-analysen/143/nahrungsmittelunsicherheit-armut-und-autoritaerer-zerfall-in-turkmenistan/>) schließen lässt, erscheinen die Möglichkeiten einer tatsächlichen Umsetzung von solchen unter diesen Umständen gering. Steigende Treibstoffpreise haben im Januar Unruhen in Kasachstan ausgelöst, die das Regime in Nur-Sultan nachhaltig erschütterten, als sich der öffentliche Frust über hohe Inflationsraten, wirtschaftliche Disparitäten, sozioökonomische Unsicherheit, strukturelle Korruption und die hemmungslose Selbstbereicherung (<https://thediplomat.com/2022/05/the-richest-get-richer-in-kazakhstan/>) der kasachstanischen Elite Bahn gebrochen hat. Einige dieser Probleme sind im Fall Turkmenistans noch viel gravierender, weshalb abzuwarten bleibt, wie die neue staatliche Machtkonstellation die Stabilität des Regimes in Aschgabat langfristig beeinflussen wird.

Redaktionsschluss: 31.05.2022

Richard Schmidt

Das offizielle Endergebnis der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in Turkmenistan am 12. März 2022

Grafik 1: Das offizielle Endergebnis der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in Turkmenistan am 12. März 2022 (Stimmenanteil in %)

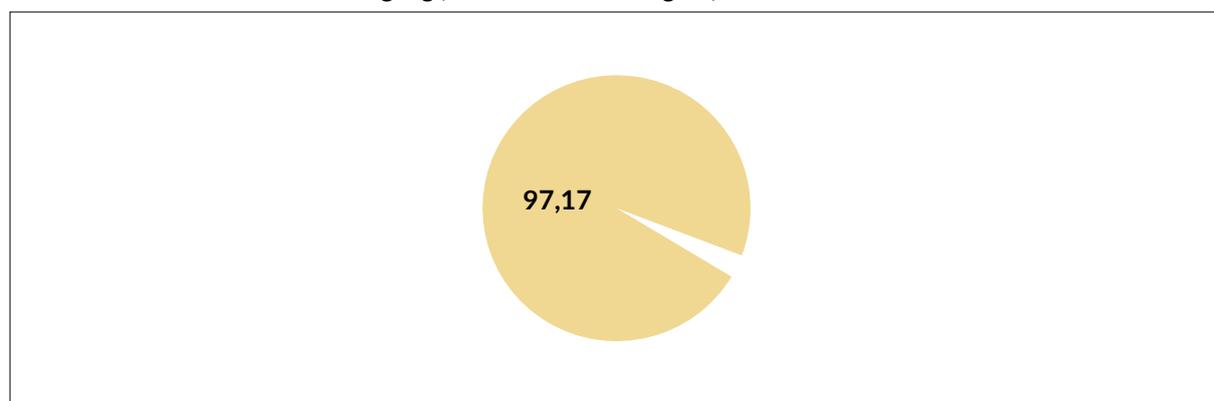


Quelle: Staatliche turkmenische Nachrichtenagentur »Turkmenistan heute« (TDH), 15.03.2022 (<https://tdh.gov.tm/ru/post/30682/itogi-prezidentskihyvyborov>), zuletzt aufgerufen am 17.05.2022

Tabelle 1: Das offizielle Endergebnis der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in Turkmenistan am 12. März 2022

Kandidat	Offizieller Posten zum Zeitpunkt der Wahl	Stimmenanteil in %
Serdar Berdymuchammedow	Erster stellvertretender Ministerkabinettsvorsitzender	72,97
Chydyr Nunnajew	Wissenschaftlicher Prorektor am Turkmenischen Staatlichen Institut für Körperkultur und Sport	11,09
Agadschan Bekmyradow	Stellvertretender Gouverneur des Gebietes Mary	7,22
Berdimammet Kurbanow	Mejlis-Abgeordneter	2,22
Perchat Begendschow	Direktor der spezialisierten Fachoberschule für Wirtschaft und Finanzen des Gebietes Lebap	2,02
Maksatmurad Owesgeldyjew	Leiter des sanitär-epidemiologischen Dienstes des Bezirkes Babadaichan (Gebiet Ahal)	1,16
Maksat Odeschow	Komiteevorsitzender der Demokratischen Partei Turkmenistans im Bezirk Sapamurat Turkmenbaschi (Gebiet Daschogus)	1,15
Kakageldy Saryjew	Direktor des Wissenschafts- und Produktionszentrums »Erneuerbare Energiequellen« am Staatlichen Energieinstitut Turkmenistans	1,09
Babamurat Meredow	Direktor des Wirtschaftsunternehmens »Wepaly gurluşyk« (»Treue Konstruktion«)	1,08

Quelle: Staatliche turkmenische Nachrichtenagentur »Turkmenistan heute« (TDH), 15.03.2022 (<https://tdh.gov.tm/ru/post/30682/itogi-prezidentskih-vyborov>), zuletzt aufgerufen am 17.05.2022

Grafik 2: Offizielle Wahlbeteiligung (in % der Wahlberechtigten)

Wahlberechtigte	Wahlteilnehmer:innen
3.460.080	3.362.052
Wahlbeteiligung in %:	97,17

Quelle: Staatliche turkmenische Nachrichtenagentur »Turkmenistan heute« (TDH), 15.03.2022 (<https://tdh.gov.tm/ru/post/30682/itogi-prezidentskih-vyborov>), zuletzt aufgerufen am 17.05.2022

06. Februar – 22. Mai 2022

Kasachstan

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Zentralasien-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Rostam Onsori und Richard Schmidt

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

7.2.2022	Präsident Kassym-Dschomart Tokajew empfängt die EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Terhi Hakala, in Nur-Sultan zu Gesprächen. Laut Tokajew messe Kasachstan der Weiterentwicklung der strategischen Partnerschaft mit der EU große Bedeutung zu. Hinsichtlich der Januar-Unruhen äußert Tokajew, dass die Generalstaatsanwaltschaft angewiesen wurde eine »gründliche und gerechte« Untersuchung durchzuführen.
7.2.2022	Präsident Tokajew unterzeichnet die im Januar verabschiedete Verfassungsänderung, die dem Ersten Präsidenten Nursultan Nasarbajew den lebenslangen Vorsitz des Nationalen Sicherheitsrates und der Versammlung des Volkes von Kasachstan entzieht. Innen- und Außenpolitik müssen nicht mehr mit Nasarbajew koordiniert werden. Nasarbajew behält seinen Sitz im Verfassungsrat, sein Amt als Ehrensensator und das Recht vor dem Parlament zu sprechen.
8.2.2022	Laut Premierminister Alichan Smailow werden die Gaspreise bis zum 1.1.2024 staatlich fixiert.
9.2.2022	In Dschanaösen (Gebiet Mangistau) streiken mehrere Hundert Ölarbeiter für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.
10.2.2022	Russlands Präsident Wladimir Putin empfängt Präsident Tokajew in Moskau zu Gesprächen. Laut Tokajew hätten beide Staaten eine »Nachbarschaft von Gottes Gnaden.« Tokajew dankt Putin für die Bereitstellung russischer Truppen für die CSTO-»Friedensmission« im Januar.
13.2.2022	In Almaty gedenken ca. 600 Personen der Todesopfer der Januar-Unruhen und fordern Tokajews Rücktritt. Während der Versammlung wird das Internet im Zentrum von Almaty abgeschaltet.
21.2.2022	Der am 19.1.2022 von seinem Amt entlassene ehemalige Verteidigungsminister Murat Bektanow wird wegen des Verdachtes auf »Amtsuntätigkeit« festgenommen. Tokajew hatte Bektanow nach den Januar-Unruhen Inkompetenz und Führungsschwäche vorgeworfen.
21.2.2022	Der Pressesprecher von Präsident Tokajew dementiert die veröffentlichten Ergebnisse einer Reportage des Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP), laut der dieser während seiner Tätigkeit als Außenminister ein über Briefkastenfirmen auf den Britischen Jungferninseln verwaltetes Vermögen von fünf Mio. US-Dollar besessen haben soll.
22.2.2022	Auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates weist Präsident Tokajew die Regierung an, mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine einen Krisenplan zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen zu erstellen.
22.2.2022	Außenminister Muchtar Tileuberdi zufolge stünde eine kasachstanische Anerkennung der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk nicht zur Debatte. Am Vorabend hatte Russland als erster Staat beide De-facto-Regime formell anerkannt.
23.2.2022	Laut dem Leiter der Sondergeneralstaatsanwaltschaft, Risabek Odscharow, sind seit dem Ende der Januar-Unruhen sechs Menschen in Untersuchungshaft gestorben. In allen Fällen wurde ein Strafermittlungsverfahren gegen Beamte wegen des Verdachtes auf Anwendung illegitimer Verhörmethoden aufgenommen.
24.2.2022	Russland beginnt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine.
25.2.2022	Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine haben laut der kasachstanischen Botschaft in Kiew bisher über 500 kasachstanische Staatsbürger:innen in der Ukraine eine Evakuierung beantragt. Laut dem kasachstanischen Botschafter sollen die ersten 100 Personen per Konvoi von Kiew nach Polen gebracht und von dort nach Kasachstan ausgeflogen werden.
25.2.2022	Die älteste Tochter des Ersten Präsidenten Nasarbajew, Dariga Nasarbajewa, legt ihr Mandat als Parlamentsabgeordnete nieder, laut eigenen Angaben um sich mehr auf öffentliche, humanitäre, kulturelle und wohltätige Aktivitäten konzentrieren zu können.
25.2.2022	Präsident Tokajew empfängt den armenischen Premierminister Nikol Paschinjan in Nur-Sultan zu Gesprächen. Tokajew dankt Paschinjan für dessen Entscheidung in seiner Rolle als derzeitiger Vorsitzender des Kollektiven Sicherheitsrates, die Entsendung einer CSTO-»Friedensmission« nach Kasachstan während der Januar-Unruhen unterstützt zu haben.
25.2.2022	Präsident Tokajew eröffnet in Nur-Sultan eine Sitzung des Eurasischen Zwischenregierungsrates, an dem u. a. auch der russische Premierminister Michail Mischustin teilnimmt. Laut Tokajew finde das Treffen im Kontext einer beispiellosen Verschärfung geopolitischer Spannungen statt, die EAEU sei besorgt über die möglichen Folgen des »Sanktionskonfliktes« für die Finanz- und Wirtschaftssysteme der Mitgliedsstaaten.
25.2.2022	Präsident Tokajew entlässt Innenminister Jerlan Turgumbajew und ernennt diesen zu seinem Berater. Sein Amt übernimmt der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Antikorruptionsdienstes Marat Achmetdschanow.
1.3.2022	Auf einer Sitzung des UN-Menschenrechtsrates äußert Außenminister Tileuberdi dass Kasachstan bereit sei, die Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine zu unterstützen und ihnen eine Plattform zu bieten.

1.3.2022	Auf einem außerordentlichen Parteikongress von Nur Otan fordert Präsident Tokajew Russland und die Ukraine auf, »am Verhandlungstisch eine gemeinsame Sprache zu finden.«
1.3.2022	Auf dem außerordentlichen Parteikongress von Nur Otan (»Licht des Vaterlandes«) wird die Umbenennung der Partei in »Amanat« (etwa »Erbe der Vorfahren«) beschlossen.
2.3.2022	Laut der Website von Akorda hat Präsident Tokajew bei einem Telefonat mit seinem russischen Amtskollegen Putin auf die Notwendigkeit hingewiesen, bei Friedensverhandlungen mit der Ukraine eine Kompromisslösung zu erzielen.
2.3.2022	Auf Twitter ruft Präsident Tokajew die Ukraine und Russland dazu auf, den Konflikt durch Dialog und eine friedliche Übereinkunft zu lösen.
2.3.2022	Kasachstan enthält sich bei einer Abstimmung zur Annahme einer Resolution der UN-Vollversammlung, die den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine fordert.
3.3.2022	Laut der Website von Akorda hat Präsident Tokajew bei einem Telefonat mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj auf die Notwendigkeit hingewiesen, bei Friedensverhandlungen mit Russland eine Kompromisslösung zu erzielen.
6.3.2022	Bei einer genehmigten Kundgebung in Almaty demonstrieren ca. 3.000 Personen gegen den russischen Überfall auf die Ukraine.
8.3.2022	Bei einer genehmigten Kundgebung anlässlich des internationalen Frauentages demonstrieren in Almaty ca. 1.000 Personen u. a. für eine Modernisierung der staatlichen Geschlechterpolitik und mehr staatliche Maßnahmen gegen häusliche Gewalt.
10.3.2022	Laut KNB wird gegen den ehemaligen Vorsitzenden Karim Masimow nun ebenfalls wegen des Verdachtes auf Korruption ermittelt. Demnach soll Masimow Bestechungsgelder in Höhe von insgesamt zwei Mio. US-Dollar von Vertretern eines ausländischen Staates angenommen haben. Masimow wurde am 6.1.2022, einen Tag nach seiner Entlassung als KNB-Vorsitzender, wegen des Verdachtes auf Hochverrat festgenommen.
10.3.2022	Laut dem Regierungsprescribedienst schickt Kasachstan der Ukraine humanitäre Hilfsgüter in Form von 82 t Medikamenten.
11.3.2022	Air Astana meldet die Aussetzung aller Flüge nach und aus Russland, nachdem die kasachstanische Regierung den Versicherungsschutz für kommerzielle Flüge nach und aus Russland gekündigt hat.
13.3.2022	Laut der Antikorruptionsbehörde wurde der Geschäftsmann und Neffe des Ersten Präsidenten Nasarbajew, Kairat Satybaldy, wegen des Verdachtes auf Veruntreuung von öffentlichen Geldern der staatlichen Kazakhtelekom und »anderen Straftaten, welche die Sicherheit des Staates untergraben haben«, beim Versuch das Land zu verlassen am Flughafen von Almaty festgenommen.
14.3.2022	Laut der Generalstaatsanwaltschaft sind bei den Januar-Unruhen insgesamt 230 Personen getötet worden, davon 139 in Almaty. Dies sind fünf mehr als zuvor am 15.1.2022 offiziell verlautbart wurde. 20 seien »versehentlich unter Beschuss« von Sicherheitskräften geraten.
14.3.2022	Präsident Tokajew limitiert die Ausfuhr von Hartwährung auf 10.000 US-Dollar und verbietet die Ausfuhr von Gold und Silber. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24.2.2022 hat der Tenge gemessen am US-Dollar um 20 % an Wert verloren.
15.3.2022	Bei der ersten Sitzung des kasachstanisch-kirgisischen Wasserrates einigen sich beide Seiten auf die gegenseitig vorteilhafte Belieferung Kirgistans mit Energie und Südkasachstans mit Wasser.
16.3.2022	Präsident Tokajew kündigt grundlegende Reformen des politischen Systems und der administrativ-territorialen Struktur an, wofür mehr als 20 Gesetze und mehr als 30 Verfassungsänderungen verabschiedet werden sollen. Zur Modernisierung der »Steppedemokratie« schlägt er die Gründung eines Nationalkurultais vor. Außerdem müsse Kasachstan vom aktuellen Superpräsidentalismus zugunsten eines politischen Systems mit einem stärkeren Parlament abrücken.
16.3.2022	Über Instagram gibt die Partei ADAL den Entschluss zur Fusionierung mit der Regierungspartei Amanat bekannt. Demnach diene der Schritt der Unterstützung von Präsident Tokajew bei dessen Bemühungen um ein »neues Kasachstan«.
18.3.2022	Laut Premierminister Smailow wird Kasachstan den Handel mit Belarus und der Russischen Föderation zukünftig in Rubel abwickeln, nachdem die westlichen Sanktionen gegen letztere die Nutzung anderer Fremdwährungen für die Begleichung von Zollgebühren verunmöglicht hätten.
19.3.2022	In Almaty halten ca. 2.000 Unterstützer:innen von Amanat eine Kundgebung zur Unterstützung von Präsident Tokajews neuem Reformkurs ab.

23.3.2022	Laut dem Geschäftsführer des Caspian Pipeline Consortium (CPC) musste der Export von kasachstanischem Rohöl über den Hafen von Noworossiysk gestoppt werden, nachdem zwei Verladestationen durch einem Sturm schwer beschädigt wurden. Die Kaspische Pipeline verbindet das kasachstanische Ölfeld Tengiz mit Noworossiysk in der russischen Region Krasnodar.
28.3.2022	Auf Anordnung von Präsident Tokajew bringt ein Frachtflugzeug weitere humanitäre Hilfsmittel für die Ukraine in Form von 17,5 t Bettzeug und Nahrung in die polnische Stadt Katowice.
29.3.2022	Laut der kasachstanischen Botschaft in Kiew wurde die Evakuierung von kasachstanischen Staatsbürgern aus der Ukraine, insgesamt 900 Personen, abgeschlossen.
29.3.2022	Laut dem stellvertretenden Leiter der Präsidentschaftsadministration, Timur Suleimenow, wird Kasachstan im Rahmen der EAEU weiterhin wirtschaftliche Beziehungen mit Russland pflegen, sich gleichzeitig jedoch nicht zur Umgehung von Sanktionen anbieten. Man sei kein Teil des Konfliktes und wolle es auch nicht werden. Kasachstan respektiere die territoriale Integrität der Ukraine, man erkenne weder die russische Annexion der Krim noch die Unabhängigkeit der zwei »Volksrepubliken« an.
2.4.2022	Bei einem Telefonat zwischen Präsident Tokajew und seinem russischen Amtskollegen Putin bringen beide Seiten »die Notwendigkeit zu Vereinbarungen über eine neutrale, block- und kernwaffenfreie Ukraine« zum Ausdruck.
3.4.2022	Laut KNB wurde bereits am 25.3.2022 ein kasachstanischer Staatsbürger in Nur-Sultan festgenommen, der verdächtigt wird im Auftrag eines ausländischen Nachrichtendienstes ein Attentat auf Präsident Tokajew und weitere Anschläge auf Strafverfolgungsbehörden geplant zu haben. Demnach wurden in der angemieteten Wohnung des Verdächtigen ein Scharfschützengewehr, Drogen und eine große Summe Bargeld beschlagnahmt.
11.4.2022	Sämtliche für die Einreise auf dem Landweg geltenden Beschränkungen, die im Zuge der Pandemie eingeführt werden, werden aufgehoben.
11.4.2022	Präsident Tokajew ernennt seine bisherige Assistentin Tamara Duisenowa zur neuen Ministerin für Arbeit und Sozialschutz. Duisenowa hatte das Amt bereits zwischen 2017 und 2018 inne.
11.4.2022	Laut dem stellvertretenden Landwirtschaftsminister wird die Ausfuhr von Weizen und Mehl zwischen dem 15.4.2022 und dem 15.6.2022 auf eine Mio. bzw. 300.000 t limitiert.
20.4.2022	Laut dem ukrainischen Außenministerium haben eine Reihe ausländischer Botschaften, darunter die kasachstanische, ihre reguläre Arbeit in Kiew wieder aufgenommen.
20.4.2022	Laut Verteidigungsminister Ruslan Dschaksylykow wird am diesjährigen Tag des Sieges am 9. Mai keine Militärparade stattfinden, da man Geld für die Kampfausbildung von Soldaten sparen wolle.
20.4.2022	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das Behörden die Abschaltung von sozialen Medien ermöglicht, wenn diese keine Maßnahmen zum »Schutz« der Nutzer:innen vor »Cyber-Mobbing« umsetzen.
24.4.2022	Laut dem CPC wurde der Ölexport über die Kaspische Pipeline wieder aufgenommen, nachdem eine der zwei von Sturmschäden betroffenen Verladestationen in Noworossiysk repariert wurde.
26.4.2022	Präsident Tokajew gibt seinen Rücktritt vom Vorsitz der Regierungspartei Amanat bekannt. Neuer Parteivorsitzender wird der aktuelle Parlamentssprecher Jerlan Koschanow.
4.5.2022	Präsident Tokajew unterzeichnet ein Dekret zur Schaffung drei neuer Gebiete: Abai, Dschetisu und Ulytau. Der Status der Hauptstadt des Gebietes Almaty wird von Taldykorghana an Konajew (ehemals Kapschagai) übertragen.
5.5.2022	Präsident Tokajew gibt die Abhaltung eines Referendums am 5.6.2022 bekannt, bei dem über die Annahme einer neuen Verfassung mit 56 Änderungen abgestimmt werden soll. Es handele sich demnach um einen wichtigen Schritt hin zu einer »zweiten Republik«.
5.5.2022	Laut einem Mitglied der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung wurde die ursprünglich geplante Nennung des Ersten Präsidenten auf Vorschlag einiger Mitglieder nun doch verworfen. Demnach benötige »die historische Tatsache, dass Nursultan Nasarbajew der erste Präsident des Landes war [sic!, Kursiv hinzugefügt] keiner gesonderten rechtlichen Verankerung.«
10.5.2022	Bei Gesprächen mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan in Ankara einigen sich beide Seiten auf eine vertiefte strategische Partnerschaft. Unterzeichnete wirtschaftliche Verträge im Gesamtwert von über einer Mrd. US-Dollar sehen u. a. den Bau türkischer Kampf- und Aufklärungsdrohnen vom Typ Anka in Kasachstan vor. Laut Tokajew sei es wichtig, neue Transportrouten zwischen China und Europa einzurichten, die Russland umgehen.
15.5.2022	Präsident Tokajew führt in Abu Dhabi Gespräche mit dem neuen emiratischen Präsidenten Muhammad bin Zayid Al Nahyan anlässlich von dessen Übernahme der Amtsgeschäfte. Al Nahyans Halbbruder und vorheriger Präsident der VAE, Chalifa bin Zayid Al Nahyan, ist am 13. Mai verstorben. Laut Tokajew wird eine Straße in Nur-Sultan nach Chalifa bin Zayid Al Nahyan benannt.

16.5.2022	Präsident Tokajew nimmt in Moskau an der Sitzung des Kollektiven Sicherheitsrates der CSTO teil. In einer gemeinsamen Stellungnahme wird u. a. die Sorge über die Situation in Afghanistan zum Ausdruck gebracht und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der NATO betont. Weiterhin wird gefordert, die Verbrechen, die von deutschen Soldaten im zweiten Weltkrieg an der sowjetischen Zivilbevölkerung verübt wurden, als Genozid einzustufen.
20.5.2022	Präsident Tokajew unterzeichnet ein Dekret über die Reform des KNB.

Kirgistan

11.2.2022	Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnet ein Strafermittlungsverfahren wegen des Verdachtes auf Hochverrat gegen den Parlamentsabgeordneten und Butun-Parteivorsitzenden Adachan Madumarow, nachdem dieser 2009 ein umstrittenes Protokoll zum Thema Grenzfragen mit Tadschikistan unterzeichnet hatte.
14.2.2022	Präsident Sadyr Dschaparow ernennt Almasbek Beischenalijew zum neuen Bildungs- und Wissenschaftsminister.
19.2.2022	Laut kaktus.media wurden im Zeitraum 2001 bis 2020 chinesische Waren im Gesamtwert von über 60 Mrd. US-Dollar ohne Verzollung nach Kirgistan importiert. Demnach gibt die chinesische Seite den Gesamtwert der nach Kirgistan exportierten Waren für diesen Zeitraum mit 76,5 Mrd. US-Dollar an, Kirgistan den der aus China importierten Waren jedoch nur mit 16,1 Mrd. US-Dollar.
23.2.2022	Die Betreiberfirma der Kumtor-Goldmine (Gebiet Issyk-Kul), die Kumtor Gold Company, wird von der Regierung unter die Kontrolle der im Dezember 2021 gegründeten staatlichen Beteiligungsgesellschaft »Das Erbe der Großen Nomaden« gestellt.
23.2.2022	Präsident Dschaparow spricht sich auf Facebook dafür aus, den Ukraine Konflikt friedlich und »allein durch diplomatische Mittel zu lösen.« Russland hat am 21.2.2022 als erster Staat die Unabhängigkeit der zwei separatistischen »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk in der Ostukraine anerkannt.
24.2.2022	Russland beginnt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine.
24.2.2022	Der Bürgermeister von Bischkek, Aibek Dschunuschalijew, tritt von seinem Posten zurück. Emil Abdykadyrow, der eine Baufirma leitet, übernimmt das Amt.
24.2.2022	Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine ruft die kirgisische Botschaft in Kiew alle kirgisischen Staatsbürger:innen in der Ukraine auf, sich an die Gesetze und Vorschriften des Gastlandes zu halten und Maßnahmen für die persönliche Sicherheit zu treffen.
24.2.2022	Präsident Dschaparow verbietet das Schlachten von Vieh während Begräbniszeremonien, wodurch verhindert werden soll, dass sich ärmere Personen mit unnötigen Mehrkosten belasten.
25.2.2022	In seiner Ansprache an die Sitzung des Eurasischen Zwischenregierungsrates in Nur-Sultan schlägt der Ministerkabinettsvorsitzende Akylbek Dschaparow die Bildung eines eurasischen Antikrisenfonds vor, der die wachsenden wirtschaftlichen Diskrepanzen zwischen den Mitgliedstaaten abfedern soll. »Geopolitische Turbulenzen« würden die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten unter Druck setzen.
25.2.2022	Präsident Dschaparow ernennt den Bir-Bol-Parteivorsitzenden Altynbek Sulaimanow zum neuen Gouverneur für das Gebiet Issyk-Kul.
26.2.2022	Laut dem Außenministerium haben von den 1.357 kirgisischen Staatsbürger:innen, die in der Ukraine leben, bisher über 300 den Wunsch nach Ausreise aus der Ukraine bekundet.
1.3.2022	Laut dem kirgisischen Botschafter in Kiew wurden bisher über 100 kirgisische Staatsbürger:innen aus der Ukraine nach Ungarn evakuiert.
1.3.2022	In einer öffentlichen Ansprache aufgrund der »drastisch verschärfte internationalen Lage und der Situation auf den Weltmärkten« fordert Präsident Dschaparow die Bevölkerung auf, die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen und Ersparnisse in den Kauf von Gold zu investieren.
1.3.2022	Auf einer Online-Außenministersitzung der C5+1 (zentralasiatische Staaten + USA) verlaublicht Außenminister Ruslan Kasakbajew, dass Kirgistan die Situation in der Ukraine mit tiefer Besorgnis verfolge. Kirgistan rufe beide Seiten auf, neue Formate für »effektiven Dialog« zu suchen.
2.3.2022	Kirgistan enthält sich bei der Abstimmung zur Annahme einer Resolution der UN-Vollversammlung, die den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine fordert.
4.3.2022	Das Staatliche Komitee für Nationale Sicherheit (GKNB) eröffnet ein Strafermittlungsverfahren wegen des Verdachtes auf »Anstiftung von ethnischen Hass« gegen NEXT TV, nachdem der Sender Falschinformationen über eine angebliche militärische Unterstützung Kirgistans für den russischen Überfall auf die Ukraine verbreitet haben soll.
5.3.2022	Außenminister Kasakbajew führt in Moskau Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow über die bilaterale Zusammenarbeit in den Organisationen CSTO, SCO und EAEU.
6.3.2022	Nach bilateralen Gesprächen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in Moskau äußert Außenminister Kasakbajew, dass die kirgisische Führung die Situation in der Ukraine mit großen Bedenken verfolge und sich die Welt »am Rande einer Katastrophe« befinde.
8.3.2022	Anlässlich des internationalen Frauentages demonstrieren in Bischkek ca. 200 Personen unter dem Motto »Frauen der Welt ohne Krieg«.

9.3.2022	Präsident Dschaparow äußert mit Hinsicht auf den Krieg in der Ukraine: »Wir sind ein kleines Land und wir haben nicht genug Einfluss um den Krieg zu stoppen. Daher sollten wir neutral bleiben.«
10.3.2022	Nach einem Schusswechsel zwischen tadschikischen und kirgisischen Grenzsoldaten im Bezirk Eki-Tasch (Gebiet Batken) halten Behördenvertreter:innen beider Länder eine Sitzung ab, bei der sich auf eine separate Untersuchungen des Vorfalls geeinigt wird. Laut kirgisischer Seite wurde der Vorfall ausgelöst, nachdem tadschikische Soldaten einen umstrittenen Grenzabschnitt betreten haben. Laut GKNB gab es auf kirgisischer Seite keine Opfer oder Verwundeten.
11.3.2022	Bei bilateralen Gesprächen zwischen Außenminister Kasakbajew und der OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid am Rande des Antalya Diplomacy Forum bekräftigt Kasakbajew Kirgistans neutrale Haltung im Ukraine-Konflikt und bietet beiden Konfliktseiten die Bereitstellung einer Plattform für Verhandlungen und Kirgistan als Vermittler an.
11.3.2022	Bei bilateralen Gesprächen zwischen Außenminister Kasakbajew und seinem usbekischen Amtskollegen Abdullasis Kamilow am Rande des Antalya Diplomacy Forum einigen sich beide Seiten u. a. auf das gemeinsame Ziel, den zwischenstaatlichen Handel auf zwei Mrd. US-Dollar zu steigern. Beide Seiten stimmen darüber überein, dass die Feindseligkeiten in der Ukraine unverzüglich beendet und der Konflikt durch diplomatische Mittel gelöst werden müsse.
12.3.2022	Die Nationalbank erlässt ein Verbot für die Ausfuhr von US-Dollar.
12.3.2022	Der Ministerkabinettsvorsitzende A. Dschaparow ordnet die Etablierung eines Anti-Krisen-Komitees an, das schnelle Maßnahmen entwickeln soll »um auf die aktuellen Ereignisse in der Welt und ihre negativen sozio-ökonomischen Folgen« reagieren zu können.
12.3.2022	Bei bilateralen Gesprächen zwischen Außenminister Kasakbajew und seinem Taliban-»Amtskollegen« Amir Khan Muttaqi am Rande des Antalya Diplomacy Forums bittet letzterer die kirgisische Seite um Unterstützung für den Export afghanischer Agrarprodukte auf den russischen Markt.
14.3.2022	Laut kloop hat ein Bezirksgericht in Bischkek Demonstrationen auf dem zentralen Ala-Too-Platz, vor dem Weißen Haus, vor dem Sitz der Präsidentialadministration und vor der russischen Botschaft für den Zeitraum zwischen dem 11.3.2022 und dem 11.4.2022 untersagt.
15.3.2022	Laut dem Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates, Marat Imankulow, sei die Entsendung von kirgisischen Truppen in die Ukraine im Rahmen einer möglichen UN- oder CSTO-Friedensmission »keine Option.« Er hoffe auf einen möglichst baldigen Frieden.
16.3.2022	Bei bilateralen Gesprächen mit dem ukrainischen Botschafter in Kirgistan, Valery Zhovtenko, bringt Außenminister Kasakbajew die kirgisische Unterstützung für die ukrainisch-russischen Gespräche über eine mögliche Beendigung der Kampfhandlungen in der Ukraine zum Ausdruck. Kirgistan stünde als Ort für Verhandlungen bereit.
21.3.2022	Präsident Dschaparow empfängt den saudischen Außenminister Faisal bin Farhan Al Saud in Bischkek zu Gesprächen, wobei sich beide Seiten auf eine Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Investitionen verständigen.
22.3.2022	In Bischkek demonstrieren über 200 Personen öffentlich ihre Solidarität mit Russland.
22.3.2022	Bei einem Steinschlag in einer Kohlemine nahe Kara-Dobo (Gebiet Osch) sterben drei chinesische Minenarbeiter.
25.3.2022	Laut dem stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitzenden und GKNB-Vorsitzenden Kamtschibek Taschijew wird der Grenzschutzdienst ab sofort türkische Kampf- und Aufklärungsdrohnen vom Typ Bayraktar zur Überwachung der Grenze einsetzen.
26.3.2022	In Bischkek demonstrieren ca. 100 Personen öffentlich ihre Solidarität mit der Ukraine.
31.3.2022	Im Gebiet Issyk-Kul findet ein Militärmanöver statt, bei dem die Abwehr eines über die Grenze einfallenden Gegners geübt wird, wobei das erste Mal Bayraktar-Drohnen eingesetzt werden.
2.4.2022	Das Rathaus von Bischkek erlässt ein Verbot von im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg stehenden Demonstrationen in Bischkek.
4.4.2022	Laut Präsident Dschaparow hat man sich mit der kanadischen Centerra Gold Inc. darauf geeinigt, die Kuntor-Goldmine zu 100 % in den Besitz des kirgisischen Staates zu geben.
9.4.2022	Laut dem Regierungsprescribedienst wurde sich mit dem chinesischen Energieministerium auf den Bau eines Solarkraftwerkes mit einer Leistung von 1.000 MW im Gebiet Issyk-Kul geeinigt.

12.4.2022	Laut GKNB ist es an der tadschikisch-kirgisischen Grenze im Bezirk Leilek (Gebiet Batken) erneut zu Schusswechseln zwischen Grenzsoldaten beider Staaten gekommen. Demnach wurden auf kirgisischer Seite zwei Grenzsoldaten und vier Zivilisten verletzt. Es sei mit der tadschikischen Seite bereits ein Teiltrückzug der Truppen beider Staaten von dem betroffenen Grenzabschnitt beschlossen worden. Ca. 18.000 Personen können in ihre Häuser zurückkehren.
20.4.2022	Innenminister Ulan Nijasbekow führt in Ankara Gespräche mit dem türkischen Vizepräsidenten Fuat Oktay, u. a. über die Zusammenarbeit beim Vorgehen gegen in Kirgistan aktive Mitglieder der in der Türkei verbotenen Gülen-Bewegung.
20.4.2022	Bei bilateralen Gesprächen zwischen Präsident Dschaparow und seinem aserbaidjanischen Amtskollegen Ilham Alijew in Baku unterzeichnen beide Seiten zehn Dokumente, darunter eine Erklärung zur strategischen Partnerschaft und ein Memorandum zur Schaffung eines zwischenstaatlichen Rates.
22.4.2022	Laut GKNB wird das Zeigen des »Z« während der Feierlichkeiten anlässlich des Tag des Sieges am 9. Mai verboten und bei Zuwiderhandlung als Anstiftung zu ethnischem Hass strafrechtlich verfolgt.
23.4.2022	Präsident Dschaparow entlässt Außenminister Kasakbajew von seinem Posten und ersetzt diesen durch den bisherigen Leiter des Referates für Außenpolitik der Präsidialadministration, Dscheenbek Kulubajew.
3.5.2022	Nach bilateralen Gesprächen mit dem ungarischen Außenminister Peter Szijjarto in Bischkek verleiht Präsident Dschaparow diesem den Dostuk-Orden für dessen Beitrag zur Stärkung der kirgisisch-ungarischen Beziehungen, strategischen Partnerschaft und Freundschaft.
5.5.2022	Laut dem Grenzschutzdienst wurden an der kirgisisch-usbekischen Grenze im Bezirk Ala-Buka (Gebiet Dschalalabad) drei kirgisische Staatsbürger von usbekischen Grenzschutzsoldaten erschossen. Später gibt der usbekische Grenzschutzdienst an, dass es sich bei den Personen um Schmuggler gehandelt hat, die sich einer Festnahme gewaltsam widersetzt haben sollen.
16.5.2022	Präsident Dschaparow nimmt in Moskau an der Sitzung des Kollektiven Sicherheitsrates der CSTO teil. In einer gemeinsamen Stellungnahme wird u. a. die Sorge über die Situation in Afghanistan zum Ausdruck gebracht und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der NATO betont. Weiterhin wird gefordert, die Verbrechen, die von deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg an der sowjetischen Zivilbevölkerung verübt wurden, als Genozid einzustufen.
18.5.2022	Präsident Dschaparow spricht dem neuen emiratischen Präsidenten Muhammad bin Zayid Al Nahyan in Abu Dhabi sein Beileid anlässlich des Todes seines Halbbruders und vorherigen emiratischen Präsidenten Chalifa bin Zayid Al Nahyan aus.

Tadschikistan

06.2.2022	Aus Chorugh (Autonomes Gebiet Berg-Badachschan (VMKB)) werden Unruhen und Razzien gemeldet. Die Strafverfolgungsbehörden hätten dem informellen Anführer Mahmadbokirow eine Woche Zeit gegeben sich den Behörden zu stellen. Bei nächtlichen Razzien gäbe es immer wieder Zusammenstöße zwischen der Zivilbevölkerung und den Sicherheitskräften. Seit den Unruhen im November 2021 ist Chorugh von Internet abgeschnitten.
12.2.2022	Laut Beamten der Arbeitsverwaltung im Gebiet Sughd beträgt die Arbeitslosigkeit in der Region 1 %, meldet der tadschikische Dienst von RFE/RL.
14.2.2022	Das staatliche Energieunternehmen »Barqi Todschik« gibt an, dass Afghanistan verspätet seine Energieschulden beglichen habe. Tadschikistan zählt zu den wichtigsten Stromexporteuren Afghanistans.
14.2.2022	Die Taliban verlegen 10.000 Soldaten nach Nordafghanistan. Die Motive hierzu bleiben unklar.
15.2.2022	Im tadschikisch-kirgisischen Grenzgebiet findet ein freundschaftliches Essen zwischen den Dorfältesten der Gemeinden Somonijon und Chodscha Alo statt (Gebiet Sughd). In der Region war es immer wieder zu schweren Grenzkonflikten gekommen mit etlichen Toten, zuletzt im Januar 2022.
17.2.2022	Aus Chorugh (VMKB) wird gemeldet, dass Behördenvertreter Stadtbewohner:innen Dokumente zur Signatur vorlegen, in denen diese sich verpflichten sollen nicht an Protesten teilzunehmen. Die Meldung kann nicht verifiziert werden.
22.2.2022	Im kasachstanischen Öskemen (Gebiet Ostkasachstan) wird vor dem Hintergrund der Januar-Unruhen ein tadschikischer Staatsangehöriger festgenommen. Genaueres ist nicht bekannt.
24.2.2022	Russland beginnt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine.
24.2.2022	Mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine kommt es zu einem starken Wertverfall des tadschikischen Somini gemessen am Rubel. Flüge nach Russland werden storniert.
24.2.2022	Aus der Ukraine häufen sich Meldungen über Tadschik:innen, welche aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit kaum Ausreisemöglichkeiten aus der Ukraine finden bzw. beim Grenzübertritt nach Polen kein Asyl erhalten.
24.2.2022	Die staatliche Nachrichtenagentur »Chovar« veröffentlicht einen Aufruf zur Verurteilung des russischen Angriffs auf die Ukraine von UN-Generalsekretär Antonio Guterres und löscht diesen wieder nach wenigen Stunden.
4.3.2022	Der informelle Führer der Region VMKB, Mahmadbokirow, gibt an bei einem Schusswechsel mit den Behörden verletzt worden zu sein.
4.3.2022	Zwei ehemalige Bewohner von Darwoz (VMKB) werden in der Ukraine getötet. Beide haben als Vertragsarbeiter für das russische Militär gearbeitet.
5.3.2022	In Lwiw stirbt ein tadschikisches Kind, welches mit seinen Eltern mehrere Tage lang in einem Luftschutzbunker in Charkiw ausgeharrt hatte, an einer Lungenentzündung.
5.3.2022	Seit Kriegsbeginn sind 1.314 tadschikische Staatsbürger:innen aus der Ukraine geflohen: 1.176 nach Polen und 138 nach Moldau, meldet RFE/RL.
8.3.2022	Alle Grenzübergänge zwischen Usbekistan und Tadschikistan sind wieder geöffnet, meldet das republikanische Komitee zur Bekämpfung von COVID-19
9.3.2022	Der US-Dollar-Somoni Wechselkurs erreicht einen Rekordwert: Ein Dollar entsprechen nun 13 TJS.
10.3.2022	Von den tadschikischen Märkten werden große Sprünge bei den Preisen von Mehl gemeldet.
11.3.2022	Ein Charterflug mit 117 tadschikischen Staatsangehörigen aus der Ukraine landet in Duschanbe. Bei den Passagieren handelt es sich um freiwillige Rückkehrer, die zuvor aus der Ukraine nach Polen geflohen waren. Der Rücktransport wurde von der tadschikischen Botschaft organisiert.
11.3.2022	Im tadschikisch-kirgisischen Grenzgebiet kommt es im Gebiet Sughd zu Schusswechseln zwischen Grenzsoldaten beider Länder. Drei Häuser werden beschädigt.
21.3.2022	Nach viermonatiger Unterbrechung geht das VMKB wieder online. Die Internetversorgung war nach Protesten im November 2021 gekappt worden.
1.4.2022	Am Ende des Fastenmonats Ramadan bezeichnet Präsident Emomali Rachmon die Lage in der Welt als »extrem angespannt.« Rachmon fordert die Bevölkerung Lebensmittel für zwei Jahre anzulegen.
9.4.2022	RFE/RL meldet, der Rubel hätte zuletzt an Wert gewonnen gegenüber dem tadschikischen Somini.
17.4.2022	Bei einem Besuch in Isfara (Gebiet Sughd) fordert Präsident Rachmon die Bevölkerung auf sich im Kontext der Grenzstreitigkeiten mit Kirgistan »nicht von Emotionen hinreißen zu lassen«.
20.4.2022	Verteidigungsminister Mirzo trifft seinen türkischen Amtskollegen Akar in Ankara. Beide Seiten ratifizieren ein Abkommen, welches eine militärische Zusammenarbeit beider Staaten regelt.

21.4.2022	Ein UN-Expertengremium zeigt sich besorgt über die Lage im VMKB und fordert die tadschikische Regierung zum Schutz der Pamirminderheit auf. Menschenrechte müssten auch in VMKB respektiert werden.
27.4.2022	Nach dem Massaker von Butscha veröffentlicht der ukrainische Geheimdienst eine Liste von beteiligten russischen Armeemangehörigen. Unter den angegebenen Personen befindet sich auch mehrere Tadschiken, u. a. ein Bewohner von Hamadoni (Gebiet Chatlon). Dieser gab laut Recherchen von RFE/RL an, noch nie in der Ukraine gewesen sein und dazu bereits von tadschikischen Strafverfolgungsbehörden befragt worden zu sein. Die anderen tadschikischen Staatsbürger auf der Liste geben an bereits seit Jahren nicht mehr in der russischen Armee zu dienen.
27.4.2022	In Bernaul wird ein 24-jähriger in Tadschikistan geborener russischer Soldat beigesetzt, welcher beim russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in Charkow getötet wurde.
29.4.2022	In Jalolidini Balkhi (Gebiet Chatlon) wird ein 22-jähriger in Tadschikistan geborener russischer Soldat beigesetzt, welcher beim russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in Isjum getötet wurde.
1.5.2022	Aus dem Gebiet Chatlon wird eine Heuschreckenplage gemeldet, berichtet RFE/RL.
8.5.2022	Der IS bekennt sich zu einem Raketenangriff auf tadschikisches Territorium aus dem afghanischen Gebiet Tachar. Die Polizeidienststellen der Grenzdistrikte auf tadschikischer Seite geben an, dass ihnen ein derartiger Angriff nicht bekannt sei, berichtet RFE/RL.
8.05.2022	Bei einer »Anti-Terroroperation« der Taliban gegen den IS treffen einige Schüsse tadschikisches Territorium. Hierbei gibt es keine Verletzten.
9.5.2022	Anlässlich des »Tag des Sieges« finden in Duschanbe Gedenkveranstaltungen statt.
10.5.2022	US-Botschafter Pommersheim äußert sich in Duschanbe zur Talibanforderung, afghanische Flugzeuge zurückzuführen. Bei der Machtübernahme der Taliban waren afghanische Armeemangehörige mit US-Flugzeugen nach Tadschikistan geflohen. Entsprechende Pläne zur Übergabe der Geräte an die Taliban gebe es nicht, so Pommersheim.
10.5.2022	Einer offiziellen Erklärung des Staatskomitees für nationalen Sicherheits zufolge werden die Grenzschutztruppen in Kampfbereitschaft versetzt. Hintergrund ist ein IS-Bekennerschreiben zu Raketenanschüssen auf tadschikisches Territorium und anschließenden Gefechten.
11.5.2022	Ein 25-jähriger Berufssoldat (Der Republik unterstellte Bezirke, RRS) der russischen Armee stirbt beim russischen Angriffskrieg in der Ukraine.
13.5.2022	Im nicht-demarkierten tadschikisch-kirgisischen Grenzgebiet (Gebiet Sughd) werden elf tadschikische Staatsangehörige von kirgisischen Grenzschützern wegen illegalen Grenzübertritts inhaftiert.
14.5.2022	In Chorugh (VMKB) fordern Demonstrierende den Rücktritt des VMKB-Gouverneurs sowie des Bürgermeisters von Chorugh, eine Untersuchung der Ereignisse von November 2021 und die Freilassung der seitdem inhaftierten Personen. Die Protestler stellen den Behörden eine zweitägige Frist, ansonsten würden sie erneut auf die Straße gehen.
16.5.2022	Präsident Rachmon reist zum CSTO-Gipfel nach Moskau. Im Vorfeld des Treffens besprach Rachmon die volatile Sicherheitslage Nordafghanistans mit seinem Amtskollegen Wladimir Putin.
16.5.2022	In Chorugh (VMKB) versammeln sich erneut Dutzende Demonstrant:innen, nachdem Behörden ihren Forderungen nicht nachgekommen waren.
16.5.2022	Demonstrierende aus dem Chorugher Stadtteil Barchorugh (Ober-Chorugh) werden auf dem Weg ins Stadtzentrum von Sicherheitskräften mit Tränengas und Gummigeschossen gestoppt. Die Internetversorgung der Stadt wird eingestellt.
17.5.2022	Beim CSTO-Gipfel in Moskau äußern die teilnehmenden Staaten ihre Sorgen mit Blick auf die Grenzsituation zu Afghanistan.
17.5.2022	Die Lage in Chorugh (VMKB) bleibt unübersichtlich. Behörden bestätigen indes den Tod eines 30-jährigen aus dem Chorugher Stadtteil Gulaken.
17.5.2022	Der Nachrichtendienst Asia-Plus verzichtet auf die Berichterstattung aus VMKB. Zuvor sei das Outlet von Behörden unter Druck gesetzt worden. Konkret wurde den Journalist:innen mit der Schließung des Büros von Asia-Plus gedroht.

17.5.2022	Am tadschikisch-afghanischen Grenzübergang Scherchan Bandar (Gebiet Chatlon) verweigern die Taliban 200 tadschikischen LKW-Fahrern die Wiedereinreise nach Tadschikistan. Bereits am 8.5. wurde ihnen die Ausreise aus Afghanistan verweigert. Die Taliban boten ihnen an ohne ihre Fahrzeuge auszureisen. Rund 50 Fahrer kehrten am 13.5. zurück, um ihre LKWs nach Tadschikistan zu bringen. Diesen wird offenbar seitdem die Ausreise gänzlich verweigert, meldet RFE/RL.
17.5.2022	Unbekannte greifen RFE/RL Reporter in Duschanbe an, verletzen diese und entwenden ihre Aufnahmegeräte und Telefone. Die Reporter berichteten über Ulfatchonim Mamadschoewa, eine Aktivistin aus GBAO. Mamadschoewa wird vonseiten der Regierung die Organisation von Unruhen vorgeworfen.
18.5.2022	Das Innenministerium kündigt eine »Anti-Terror-Operation« im VMKB-Bezirk Ruschon an.
18.5.2022	Die Lage in Ruschon bleibt unübersichtlich, Telefon- und Internetverbindungen sind gekappt. Das Innenministerium bestätigt den Tod von acht Bewohnern und eines Beamten. 24 Personen werden als verletzt gemeldet, 70 Festnahmen sind bestätigt. Berichten zufolge suchten Sicherheitskräfte gezielt Personen, die an den Kundgebungen der vergangenen Tage beteiligt waren. Zudem versuchen Personen Militärfahrzeuge auf dem Weg nach Chorugh aufzuhalten, hierbei kommt es zu Zusammenstößen.
18.5.2022	Die EU und die Botschaften Frankreichs, Deutschlands, der USA und Großbritanniens geben eine gemeinsame Erklärung zur Lage in VMKB ab. Sie fordern u. a. die Rückkehr zu Rechtsstaatlichkeit, ein Ende der Gewalt sowie ein Ende der Drohungen gegen Bürger:innen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen.
18.5.2022	Human Rights Watch fordert die Wahrung der Grundrechte der Menschen in der VMKB.
19.5.2022	Das religiöse Oberhaupt der Nizari-Imaait:innen, Aga Khan, zeigt sich zutiefst besorgt über die jüngsten Entwicklungen im VMKB. Wörtlich ruft er seine Anhänger:innen auf: »Als zeitlicher Imam befehle ich meiner tadschikischen Gemeinde ruhig zu bleiben. Befolgen Sie die Gesetze des Landes: Unterlassen Sie jede Form der Gewalt, (...) oder illegale Aktivitäten, welche Ihr Wohlergehen gefährden könnten.«
19.5.2022	Die Behörden übergeben Angehörigen die Leichname von 21 Personen im Bezirk Ruschon (VMKB). Behördenangaben zufolge handelt es sich um »Mitglieder bewaffneter Gruppen«, Anwohner:innen zufolge handelte es sich um unbewaffnete Zivilisten. Bislang ist der Tod von acht Personen von offizieller Seite bestätigt worden.
19.5.2022	Laut Angaben des Innenministeriums werden in Ruschon 114 Personen festgenommen.
19.5.2022	Ulfatchonim Mamadschoewa wird wegen »öffentlicher Anstiftung zum Sturz der Regierung« in Duschanbe festgenommen. Das Innenministerium bezeichnet sie und ihren Ex-Mann Cholbasch Cholbaschow als Protestanführer in VMKB.
20.5.2022	UN-Generalsekretär Antonio Guterres zeigt sich besorgt über die Lage in VMKB
22.5.2022	Mahmadbokir Mahmadbokirow wird in Chorugh getötet. Er zählt zu den einflussreichsten inoffiziellen Führern der Region. Während der Protestwelle in VMKB seit November 2021 hatten die Behörden wiederholt seine Auslieferung gefordert und Fristen gesetzt.
22.5.2022	Laut dem Innenministerium handelt es sich bei 46 festgenommenen Demonstrierenden um »Mitglieder krimineller und extremistisch-terroristischer Gruppen«.
22.5.2022	RFE/RL meldet, dass sieben OMON-Kräfte einer Spezialeinheit des Innenministeriums im Bezirk Ruschon vermisst werden. Zudem werden offenbar 17 Passagiere, welche auf dem Weg von Duschanbe nach Chorugh waren, ebenfalls vermisst.

Turkmenistan

8.2.2022	Laut Turkmen.news dürfen Bewohner:innen von Ashgabat und den Gebieten Lebap und Balkan nur noch weiße Masken tragen. Der Grund für die Anordnung ist unbekannt. Zuwiderhandlungen werden demnach mit einer Geldstrafe in Höhe von 50 Manat (ca. 14 US-Dollar) geahndet.
11.2.2022	Bei einer Sitzung des Nationalrates gibt Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow bekannt, die »schwierige Entscheidung« getroffen zu haben, die staatliche Führung an »junge Anführer« abzugeben.
12.2.2022	Nach einem entsprechenden Beschluss des Nationalrates terminiert die Zentrale Wahlkommission (CEC) für den 12.3.2022 vorgezogene Präsidentschaftswahlen.
14.2.2022	Der Wahlkampf für die vorgezogene Präsidentschaftswahl am 12.3.2022 beginnt. Die Demokratische Partei Turkmenistans nominiert den Präsidentensohn und ersten stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitzenden Serdar Berdymuchammedow als ihren Kandidaten.
20.2.2022	Laut Chronika Turkmenistana fordert die Polizei private Händler:innen in Ashgabat auf, den Verkauf von Zigaretten und Tabak einzustellen, andernfalls droht eine Geldstrafe in Höhe von 600 Manat (ca. 170 US-Dollar). Kurz zuvor hat der stellvertretende Ministerkabinettsvorsitzende Sapardurdy Toylyjew angekündigt, dass Turkmenistan bis 2025 tabakfrei werde.
22.2.2022	Laut CEC wurden für die vorgezogene Präsidentschaftswahl am 12.3.2022 insgesamt neun Kandidaten registriert.
22.2.2022	Außenminister Raschid Meredow wird in Moskau von seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zu Gesprächen empfangen. Lawrow würdigt die Aufmerksamkeit, die Turkmenistan der russischen Sprache beimisst, und konstatiert eine »gute Zusammenarbeit im Gesundheitswesen«. U. a. werden ein »Fahrplan« für die bilaterale Kooperation im Bereich der regionalen Sicherheit und ein Plan zur Gewährleistung der wechselseitigen Informationssicherheit unterzeichnet.
24.2.2022	Russland beginnt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine.
28.2.2022	Laut Chronika Turkmenistana berichten turkmenische Medien auch vier Tage nach deren Beginn nicht über die russische Invasion der Ukraine. Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL arbeite die turkmenische Botschaft in Kiew daran, turkmenische Staatsbürger:innen in der Ukraine außer Landes zu bringen.
2.3.2022	Turkmenistan nimmt nicht an der Abstimmung zur Annahme einer Resolution der UN-Vollversammlung teil, die den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine fordert.
3.3.2022	Laut CEC wurden für die vorgezogene Präsidentschaftswahl am 12.3.2022 2.726 nationale Wahlbeobachter:innen registriert.
8.3.2022	Bei einem Treffen von Vertretern der Außenministerien Turkmenistans und Pakistans in Islamabad äußert ein turkmenischer Delegierter, dass die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) ihre Beteiligung an der Realisierung der Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien-Gaspipeline (TAPI) vorübergehend ausgesetzt hat, bis die Taliban von der UN als legitime Regierung Afghanistans anerkannt werden.
8.3.2022	Laut Chronika Turkmenistana kommen weiterhin turkmenische Staatsbürger:innen in Istanbul an, die vor den Kämpfen aus der Ukraine geflohen sind. Bei den meisten handelt es sich demnach um Student:innen, die ihre Ausreise in die Türkei via Bukarest selber bezahlen mussten.
10.3.2022	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL wurden Angestellte im öffentlichen Dienst und deren Familien im Gebiet Mary von Vorgesetzten angewiesen, bei der vorgezogenen Präsidentschaftswahl am 12.3.2022 für Serdar Berdymuchammedow abzustimmen. Außerdem wurden staatliche Angestellte aufgefordert, wenn möglich vorzeitig abzustimmen.
10.3.2022	Laut TDH ist ein Sonderflug mit einer größeren Gruppe turkmenischer Auslandsstudent:innen aus der Ukraine in Turkmenabat (Gebiet Lebap) gelandet. Diese seien demnach wegen »schwieriger Umstände, die in der Ukraine aufgetreten sind,« in ihre Heimat zurückgekehrt.
11.3.2022	Laut dem »Finanzminister« der Taliban, Ahmad Wali Haqmal, werden die Arbeiten an der TAPI fortgesetzt, auch wenn die ADB ihre Unterstützung für das Projekt vorübergehend ausgesetzt hat.
12.3.2022	3.460.080 Abstimmungsberechtigte sind aufgerufen in landesweit 2.577 Wahllokalen aus neun Kandidaten einen neuen Präsidenten zu wählen. Laut der CEC haben bis zur Schließung der Wahllokale um 19 Uhr 97,12 % aller Abstimmungsberechtigten ihre Stimme abgegeben.
12.3.2022	Präsident Berdymuchammedow ordnet den staatlichen Stromkonzern an, das Kraftwerk Nur-el-Jihad in der afghanischen Provinz Herat mit Stromübertragungsausrüstung zu beliefern, wodurch das Stromtrassenprojekt Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan (TAP) vorangetrieben werden soll.
15.3.2022	Nach Angaben der CEC hat Serdar Berdymuchammedow die Präsidentschaftswahl mit 72,97 % der Stimmen gewonnen.

15.3.2022	Laut Chronika Turkmenistana wurden bei Razzien gegen den grenzüberschreitenden Drogenhandel zwischen Turkmenistan und Iran in den Gebieten Ahal und Balkan 116 Personen festgenommen.
17.3.2022	In Aschgabat wird der »Botschafter« der Taliban, Fasil-Mohammad Saber, akkreditiert. Turkmenistan ist nach China und Pakistan das dritte Land mit einem »Botschafter« der Taliban.
18.3.2022	Laut Chronika Turkmenistana lag die Beteiligung an der vorgezogenen Präsidentschaftswahl am 12.3.2022 im Gebiet Lebap statt bei den offiziell angegebenen 97,13 % tatsächlich rund bei rund 42 %. Demnach seien u. a. Mitglieder lokaler Wahlkommissionen mit den Wahlurnen zu den Wahlberechtigten nach Hause gefahren.
19.3.2022	Serdar Berdymuchammedow wird in Aschgabat als dritter Präsident Turkmenistans vereidigt.
25.3.2022	Bei seiner ersten Ministerkabinettsitzung bestätigt Präsident S. Berdymuchammedow die Zusammensetzung seiner Regierung in Personalunion mit der seines Vaters/Vorgängers. Das einzige neue Regierungsmitglied übernimmt Berdymuchammedows vormalige Position als erster stellvertretender Ministerkabinettsvorsitzender für Wirtschaftsangelegenheiten.
25.3.2022	Bei einer Videokonferenz zwischen Verteidigungsminister Begentsch Gundogdyjew und seinem chinesischen Amtskollegen Wei Fenghe äußert letzterer, dass China bereit sei die »strategische Kommunikation und die militärische Kooperation in verschiedenen Feldern« zu vertiefen.
30.3.2022	Am Rande des dritten Treffens der Außenminister der Nachbarländer Afghanistans im chinesischen Huangshan äußert Außenminister Meredow gegenüber seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi, dass Turkmenistan den Kampf der afghanischen »Behörden« gegen verschiedene Terrorgruppen wie die Islamische Turkestan-Partei unterstütze.
30.3.2022	Am Rande des dritten Treffens der Außenminister der Nachbarländer Afghanistans im chinesischen Huangshan führt Außenminister Meredow bilaterale Gespräche mit dem chinesischen Vizepremierminister Han Sheng, seinem iranischen Amtskollegen Hossein Amirabdollahian und dem »Außenminister« der Taliban, Amir Khan Muttaqi. In allen Gesprächen geht es um Fragen von Energie und Transport, u. a. dem Bau der TAPI.
31.3.2022	Laut Chronika Turkmenistana können Moscheen und Nicht-Lebensmittelläden in Aschgabat wieder öffnen. Der turkmenische Dienst von RFE/RL hatte im Januar von einem erneuten Lockdown in Aschgabat und dem Gebiet Mary berichtet, woraufhin demnach alle Nicht-Lebensmittelläden, Kulturstätten und Moscheen in Aschgabat und Mary schließen mussten. Offiziell ist Turkmenistan weiterhin frei von Covid-19.
2.4.2022	Präsident S. Berdymuchammedow empfängt seinen indischen Amtskollegen Ram Nath Kovind in Aschgabat zu Gesprächen. Beide Seiten einigen sich auf eine Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit, u. a. in den Bereichen Gesundheit, Handel und Energie. Berdymuchammedow bringt das Interesse an einem Beitritt Turkmenistans zum International North-South Transport Corridor, der Indien via Westasien mit Europa verbinden soll, zum Ausdruck.
6.4.2022	Bei der ersten Sitzung des Staatssicherheitsrates seit seinem Amtsantritt entlässt Präsident S. Berdymuchammedow Innenminister Owesdurdy Chodschanjyasow und ersetzt diesen durch den bisherigen Leiter des Innenministeriums des Gebietes Lebap, Muchammad Chydyrow. Laut Berdymuchammedow habe sich die Verkehrssicherheit in Aschgabat während der Amtszeit von Chodschanjyasow verschlechtert.
6.4.2022	Präsident S. Berdymuchammedow ersetzt den bisherigen Sekretär des Staatssicherheitsrates Charymyrat Amanow durch den Verteidigungsminister Begentsch Gundogdyjew.
9.4.2022	Präsident S. Berdymuchammedow empfängt den stellvertretenden russischen Premierminister Alexei Owerschuk in Aschgabat zu Gesprächen. Beide Seiten bekunden ihr Interesse an einer Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit in einer Reihe von Bereichen, u. a. Energie und Verkehr im kaspischen Raum. Beide Staaten seien demnach »den Prinzipien der Friedfertigkeit und des Humanismus« verpflichtet.
12.4.2022	Laut Turkmen.news ist zwischen dem 11. und 12.4.2022 landesweit das Internet ausgefallen. Turkmen.news vermutet eine weitere Aktion der Behörden gegen unerwünschte Online-Aktivitäten, nachdem bisher alle staatlichen Versuche zur Unterbindung der strafbaren Nutzung von Virtual Private Networks (VPN) gescheitert sind. Laut Chronika Turkmenistana könnte auch ein Serverausfall des staatlichen Hauptanbieters der Grund gewesen sein.
15.4.2022	Der ehemalige Präsident und Volksratsvorsitzende G. Berdymuchammedow wird Mitglied im Ältestenrat der Organisation der Turkstaaten.
19.4.2022	Präsident S. Berdymuchammedow entlässt den Minister für Handel und Außenwirtschaftsbeziehungen Orazmyrat Gurbannazarow, offiziell aus gesundheitlichen Gründen. Gurbannazarows bisheriger Stellvertreter Begentsch Gotschmollajew übernimmt das Amt.
19.4.2022	Laut Turkmen.news wurde landesweit allen Schönheitssalons das Anbieten von Dienstleistungen untersagt, »die das Einführen von Fremdkörpern« umfassen.

20.4.2022	Laut dem ukrainischen Außenministerium haben eine Reihe ausländischer Botschaften, darunter die turkmenische, ihre reguläre Arbeit in Kiew wieder aufgenommen.
22.4.2022	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL werden Konsument:innen von Behörden mit Haftstrafen bedroht, wenn sie mehr Brot kaufen sollten als ihnen laut staatlicher Quoten zusteht.
24.4.2022	Bei bilateralen Gesprächen zwischen Präsident S. Berdymuchammedow und dem Präsidenten der russischen Teilrepublik Tatarstan, Rustam Minnichanow, schlägt letzterer eine Vertiefung der Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Ölexploration und –förderung sowie Gastransport vor.
26.4.2022	Präsident S. Berdymuchammedow empfängt den chinesischen Verteidigungsminister Wei Fenghe in Aschgabat zu Gesprächen, wobei letzterer eine Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen militärische Ausrüstung und Personalausbildung vorschlägt.
26.4.2022	Laut Turkmen.news ist es Frauen in Aschgabat ab sofort untersagt auf dem vorderen Beifahrersitz in Autos mitzufahren.
27.4.2022	Laut Außenministerium werden der Ukraine humanitäre Hilfsgüter in der Form von Medikamenten, medizinischen Produkten und Textilien bereitgestellt.
27.4.2022	Bei bilateralen Gesprächen zwischen Industrie- und Bauminister Baymurad Annamedow und dem usbekischen Investitions- und Außenhandelsminister Sardor Umurzakow in Taschkent einigen sich beide Seiten auf eine Vertiefung der Handels- und Wirtschaftspartnerschaft, vor allem im Bereich Industrie. In den letzten vier Jahren ist der Handel um 500 % gestiegen.
4.5.2022	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL ist es Frauen ab sofort untersagt, »eng anliegende Kleidung« zu tragen, ihre Haare zu färben oder kosmetische Accessoires wie falsche Nägel und Wimpernverlängerungen zu tragen. Es sollen bereits Dutzende Frauen wegen Brustimplantaten und Lippenauffüllern ihren Job verloren haben. Demnach überprüft die Polizei Frauen auf der Straße auf »Einhaltung« und ordnet die Schließung von Kosmetiksalons an.
2.5.2022	Außenminister Meredow führt in Abu Dhabi mit seinem emiratischen Amtskollegen Abdullah bin Zayed Al Nahyan und dem emiratischen Minister für Präsidialangelegenheiten Mansour bin Zayed Al Nahyan Gespräche über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Investitionen. Einzelheiten sind nicht bekannt.
6.5.2022	Während einer Sitzung des Staatssicherheitsrates gibt der Generalstaatsanwalt bekannt, dass u. a. der Vorsitzende des Verbraucherverbandes und der Vorsitzende von dessen regionalem Ableger im Gebiet Ahal wegen Korruption und dem Verkauf von staatlich subventioniertem Mehl und Speiseöl zu übersteuerten Preisen zu jeweils 20 Jahren Haft verurteilt wurden.
6.5.2022	Laut TDH wird die Pflicht zum Tragen von Masken ab dem 1.6.2022 mit Ausnahme von öffentlichen Transportmitteln und Gebäuden aufgehoben. Im November 2021 wurde, offiziell wegen einer angeblich erhöhten Staubpartikeldichte in der Luft, eine allgemeine Pflicht zum Tragen von medizinischen Masken erlassen.
6.5.2022	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL ist es Taxifahrern ab sofort verboten, Frauen auf dem vorderen Beifahrersitz mitzunehmen. Bei Zuwiderhandlung drohen demnach die Beschlagnehmung des Fahrzeuges und 15 Tage Haft.
10.5.2022	Präsident S. Berdymuchammedow und der Volksratsvorsitzende G. Berdymuchammedow führen mit dem aserbaidjanischen Außenminister Mikayil Jabbarov in Aschgabat bilaterale Gespräche, u. a. über die Zusammenarbeit im Öl- und Gassektor und den möglichen Ausbau von transkontinentalen Transit- und Transportkorridoren.
11.5.2022	In Aschgabat tagt zum ersten Mal das »Interparlamentarische Forum der Länder Zentralasiens und Russlands« unter der Gastgeberschaft des Volksratsvorsitzenden G. Berdymuchammedow. Laut der Vorsitzenden des russischen Föderationsrates Walentina Matwijenko sei Russland angesichts einer »neuen Phase globaler Turbulenzen« an der »ständigen Entwicklung des Dialoges von multilateralen Formaten wie der CSTO und der SCO interessiert.«
12.5.2022	Nachdem nordkoreanische Behörden offiziell den ersten Fall einer Covid-19-Infektion bestätigt haben verbleibt Turkmenistan als letzter Festlandstaat der Welt, in dem es bisher offiziell keine Infektionen mit Covid-19 gegeben hat.
14.5.2022	Laut Chronika Turkmenistana werden Einwohner:innen in Aschgabat, wie jedes Jahr vor Sommerbeginn, erneut u. a. dazu aufgefordert, Fenstergitter, Satellitenschüsseln und sichtbare Klimaanlage von ihren Häusern zu entfernen sowie keine Wäsche im Freien zu trocknen.

14.5.2022	Der Volksratsvorsitzende G. Berdymuchammedow nimmt in Abu Dhabi an der Gedenkveranstaltung anlässlich des Todes des emiratischen Präsidenten Chalifa bin Zayid Al Nahyan teil. Im Anschluss führt Berdymuchammedow bilaterale Gespräche mit dem neuen emiratischen Präsidenten und Halbbruder des Verstorbenen, Muhammad bin Zayid Al Nahyan.
14.5.2022	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL wurden in Mary Dutzende Paare festgenommen und in Handschellen abgeführt, nachdem sie öffentlich Händchen gehalten haben.
19.5.2022	Per Erlass zeichnet der russische Präsident Wladimir Putin seinen turkmenischen Amtskollegen S. Berdymuchammedow für dessen »Beitrag zur Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen Russland und Turkmenistan« mit dem »Freundschaftsorden« aus.
19.5.2022	Der Volksratsvorsitzende G. Berdymuchammedow nimmt in Kasan am Wirtschaftsgipfel »Russland – die islamische Welt: KazanSummit 2022« teil. Am Rande der Konferenz führt Berdymuchammedow bilaterale Gespräche mit dem russischen Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Maxim Reschetnikow, und dem Präsidenten der russischen Teilrepublik Tatarstan, Minnichanow, u. a. über die Zusammenarbeit Turkmenistans mit der EAEU und dem Ausbau von Transport- und Transitkorridoren.
20.5.2022	Bei Gesprächen zwischen Präsident S. Berdymuchammedow und dem stellvertretenden kasachstanischen Premierminister Roman Skljär in Aschgabat einigen sich beide Seiten auf die Belieferung Kasachstans mit turkmenischem Erdgas.

Usbekistan

7.2.2022	Dawletow, Leiter des usbekischen Justizministeriums, gibt an, die Sperrung des sozialen Netzwerkes »TikTok« zu begrüßen. Die Partei Adolat hatte die Zensur TikToks gefordert.
7.2.2022	Außenminister Abdulaziz Kamilow empfängt seinen lettischen Amtskollegen Rinkewitsch in Taschkent. Themen sind u. a. Stand und Perspektiven der bilateralen Beziehungen und Formen der Zusammenarbeit im Rahmen des Formates »EU-Usbekistan«.
8.2.2022	Laut dem russischen Innenministerium waren 50 % der Arbeitsmigrant:innen, welche eine Arbeitserlaubnis für Russland erhielten, usbekische Staatsbürger:innen.
8.2.2022	Die Regierung prüft, ob Usbekistan dem gemeinsamen Strommarkt der Eurasischen Wirtschaftsunion beitreten kann, meldet der usbekische Dienst von RFE/RL.
10.2.2022	Die Asian Development Bank (ADB) erteilt Usbekistan einen Kredit in Höhe von 100 Mio. US-Dollar für die Entwicklung des Finanzmarktes.
11.2.2022	Das Verteidigungsministerium dementiert den Kauf von Drohnen des Typs Puma AE aus den USA.
16.2.2022	Entgegen Berichten über eine mögliche Stationierung von 10.000 Taliban-Soldaten an den grenznahen nördlichen Landesteilen Afghanistans meldet Usbekistan keine Auffälligkeiten entlang seiner Grenzen, berichtet Fergana Agency.
22.2.2022	Im Kontext der Januar-Unruhen in Kasachstan werden in Öskemen (Gebiet Ostkasachstan) u. a. 14 usbekische Staatsangehörige wegen mutmaßlicher Beteiligung an den Protesten festgenommen. Indes gibt das Außenministerium an, eine Note mit der Bitte zur Aufklärung der Tatvorwürfe an die kasachstanische Seite entsandt zu haben.
22.2.2022	In Kabul trifft eine usbekische Regierungsdelegation zu Gesprächen mit der Taliban-»Regierung« ein. Ein Themenschwerpunkt der Gespräche sind geplante Wirtschaftsprojekte, u. a. der Bau einer transafghanischen Eisenbahnlinie, welche Termez via Kabul mit Peschawar in Pakistan verbinden könnte.
23.2.2022	Irgaschew, Sonderbeauftragter von Präsident Schawkat Mirsijojew, trifft sich in Taschkent mit der EU-Sonderbeauftragten für Afghanistan und Zentralasien. Irgaschew fordert die Freigabe afghanischer Vermögenswerte auf ausländischen Konten, die nach der Machtübernahme der Taliban 2021 eingefroren wurden.
24.2.2022	Auf einer Dienstreise in der Republik Karakalpakstan äußert sich Präsident Mirsijojew zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Welt würde von Stunde zu Stunde gefährlicher werden (...), Usbekistan müsse sich Bemühen, Wirtschaft und Verteidigung zu stärken, so Mirsijojew.
26.2.2022	Asadow, Pressesprecher von Präsident Mirsijojew, erklärt Usbekistan hoffe auf eine diplomatische Lösung des Russland-Ukraine-Konfliktes und werde neutral bleiben.
28.2.2022	Polen unterstützt die Evakuierung usbekischer Staatsangehöriger aus der Ukraine. Das Außenministerium rät Usbek:innen das Land mit dem Zug via Lwiw zu verlassen.
28.2.2022	Ein erster Charterflug mit 240 Personen startet aus dem polnischen Katowice nach Taschkent.
1.3.2022	Der russische Rubel verliert an einem Tag um 16,5 % an Wechselwert zum usbekischen Sum.
1.3.2022	Die usbekische Zentralbank meldet, sie rechne mit Problemen bei Geldüberweisungen aus Russland.
2.3.2022	Präsident Mirsijojew weist das Ministerkabinett an, einen Plan auszuarbeiten, welcher Maßnahmen zur Milderung potenzieller sozioökonomischer Folgen durch internationale Russland-Sanktionen beinhaltet.
2.3.2022	Laut republikanischer Sonderkommission zur Bekämpfung von COVID-19 wurden seit August 2021 45.600 ungeimpfte Arbeitnehmer:innen von ihrer Arbeit suspendiert.
2.3.2022	Präsident Mirsijojew drückt seine Sorge über die hohe Zahl an Frühhehen junger Mädchen im Land aus, berichtet Fergana Agency.
2.3.2022	Laut einem aktuellen ILO-Bericht gibt es in ganz Usbekistan nahezu keine Fälle mehr von Zwangsarbeit auf Baumwollfeldern, berichtet Fergana Agency.
3.3.2022	Anlässlich eines zweitägigen Staatsbesuches trifft Präsident Mirsijojew den pakistanischen Premierminister Imran Khan. Beide Seiten besprechen u. a. die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur und Tourismus.
7.3.2022	Seit dem 28.2. wurden 4.359 usbekische Staatsbürger:innen aus der Ukraine evakuiert.
9.3.2022	Im Januar und Februar 2022 steigerte Usbekistan das Exportvolumen für Waren und Dienstleistungen um 20 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (aktuell 1,7 Mrd. US-Dollar), meldet der präsidentiale Pressedienst.

10.3.2022	US-Außenminister Blinken spricht in Washington mit seinem usbekischen Amtskollegen Kamilow über die Lage in der Ukraine und in Afghanistan. Die US-Seite betont bei dem Treffen, sie würden die Souveränität und territoriale Integrität Usbekistans unterstützen.
12.3.2022	In einem Interview mit RFE/RL gibt der ukrainische Botschafter in Taschkent, Doroschenko, an, Usbekistan habe 28 Tonnen humanitäre Hilfe in die Ukraine entsandt, darunter Medikamente und Verbandsmaterialien.
14.3.2022	Außenminister Kamilow besucht das zweite Antalya Diplomacy Forum. Auf die Frage eines Journalisten zur Haltung Usbekistans zur russischen »Militäroperation« in der Ukraine sagt Kamilow, Usbekistan stünde für ein Ende der Gewalt und eine Lösung des Konfliktes mit politischen und diplomatischen Mitteln.
14.3.2022	Präsident Mirsijojew telefoniert mit Bundespräsident Steinmeier zur Lage in der Ukraine. Der Pressedienst meldet, beide Seiten hätten festgestellt, dass eine Eskalation der Situation verhindert werden müsse. Politische sowie diplomatische Bemühungen müssen zu einem Ende des Konfliktes führen.
15.3.2022	Präsident Mirsijojew fordert die nationale Fluggesellschaft »Uzbekistan Airways« auf, die Preise für Flugtickets nicht anzuheben.
16.3.2022	Nach der russischen Ankündigung, die Ausfuhr von Getreide und Zucker aus Russland zu verbieten, betont das Landwirtschaftsministerium, dass das Ausfuhrverbot Usbekistan nicht betreffen werde. Das Land habe genügend Reserven und andere Importquellen.
17.3.2022	Außenminister Kamilow fordert die sofortige Einstellung der Gewalt in der Ukraine. Usbekistan unterstütze die territoriale Integrität der Ukraine und werde die »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk nicht anerkennen, so Kamilow.
17.3.2022	Die usbekische Zentralbank erhöht den Leitzins von 14 auf 17 % um die Folgen der gegen Russland gerichteten Sanktionen abzumildern.
18.3.2022	Usbekistan nimmt mit Kasachstan wieder den Bahnverkehr auf.
24.3.2022	Usbekistan einigt sich mit Georgien, Aserbaidschan und Turkmenistan auf eine Reduktion der Warentransitkosten um 30 %.
24.3.2022	In den vergangenen drei Jahren hat sich das Volumen türkischer Investitionen in die usbekische Wirtschaft verdoppelt und belief sich Ende 2021 auf 1,2 Mrd. US-Dollar.
30.3.2022	Präsident Mirsijojew und sein türkischer Amtskollege Erdogan vereinbaren bei einem Treffen in Taschkent die bilateralen Beziehungen auf das Niveau einer strategischen Partnerschaft anzuheben.
30.3.2022	Im Rahmen von Erdogans Besuch in Taschkent unterzeichnen beide Seiten ein erweitertes Militärabkommen. Einzelheiten werden nicht bekannt, Erdogan betonte jedoch, dass er großes Potenzial für den Ausbau der Zusammenarbeit mit Usbekistan sehe.
6.4.2022	Beim Versuch mehrerer kirgisischer Staatsangehöriger, illegale Fracht nach Usbekistan zu schmuggeln, werden zwei Kirgisen im Gebiet Namangan von usbekischen Grenzschützern erschossen. Diese seien den Aufforderungen der Grenzbeamten, anzuhalten, nicht nachgekommen, meldet Fergana Agency.
6.4.2022	Offenbar hat der Autohersteller UZAuto Motors sanktionsbedingt den Export von Autos aus Usbekistan nach Russland bereits zum 9.3. gestoppt, meldet Eurasianet.
8.4.2022	Im Monat März waren ein Viertel der Hotelgäste im Land russische Staatsangehörige.
8.4.2022	Usbekistan stimmt gegen die Suspendierung Russlands aus dem UN-Menschenrechtsrat. Solche Entscheidungen bedürften einer gründlichen Untersuchung, erklärte Ibragimow, ständiger Vertreter Usbekistans bei der UNO. Usbekistan behalte beim Russland-Ukraine-Konflikt weiterhin seine neutrale Haltung und setze sich für eine diplomatische Lösung des Konfliktes ein, so Ibragimow.
11.4.2022	Usbekistan sendet 34 Tonnen humanitäre Hilfe in die Ukraine, meldet der Pressedienst der ukrainischen Region Transkarpatien. Die Lieferung umfasst medizinische Artikel sowie Lebensmittel mit langer Haltbarkeit.
14.4.2022	Nach einem zweiwöchigen Besuch einer IFW-Delegation in Usbekistan veröffentlicht der Fonds eine Erklärung zu Usbekistans Wirtschaftslage: Eine gute Ausgangslage, reichliche Reserven und hohe Goldpreise hätten Usbekistan bei der Bewältigung der Corona-Krise geholfen. 2021 betrug das Wirtschaftswachstum 7,4 %, die Inflation konnte auf 10 % gesenkt werden. Der Russland-Ukraine-Krieg berge jedoch erhebliche Risiken für die usbekische Wirtschaft. Hierbei könne es zu einem Rückgang der Remissen aus Russland kommen, auch der Handel und Lieferketten seien bedroht. Diese Faktoren könnten zu einem Rückgang des Konsums in Usbekistan führen.
20.4.2022	Frankreich stellt Usbekistan 150 Mio. Euro zur Entwicklung einer »grünen Wirtschaft« zur Verfügung. Diese solle die heimische Umwelt schützen und das Land auf den Klimawandel vorbereiten.

20.4.2022	Aus den Gebieten Jizzach und Samarkand werden Todesopfer in Folge von Schlammlawinen und Überflutungen gemeldet. Fünf Opfer wurden bislang bestätigt.
22.4.2022	Die usbekische Botschaft in Kiew nimmt wieder ihre Arbeit auf.
27.4.2022	Präsident Mirsijojew enthebt Außenminister Kamilow seines Amtes. Neuer Außenminister wird Wladimir Norow. Norow wurde am 1955 in Buchara geboren und spricht neben Englisch und Russisch auch Deutsch, berichtet Fergana Agency.
30.4.2022	Anlässlich des Ramadan-Festes entsendet Usbekistan einen Güterzug mit 58 Waggons, beladen mit humanitärer Hilfe, via Termez nach Masar-i-Scharif in Afghanistan.
30.4.2022	Irgaschew, Sonderbeauftragter des Präsidenten, äußert sich bei VOA zur Forderung der Taliban nach einer Rückgabe von Flugzeugen. Bei der Machtübernahme der Taliban waren afghanische Armeeangehörige mit US-Flugzeugen nach Tadschikistan geflohen. Usbekistan könne diese nicht zurückführen, da diese den USA gehörten, so Irgaschew.
1.5.2022	In sozialen Medien kursieren Berichte, usbekische Drohnen würden Masar-i-Scharif überfliegen. Das Verteidigungsministerium weist diese zurück, Usbekistans Luftwaffe habe den afghanischen Luftraum nicht verletzt.
3.5.2022	Im aktuellen World Press Freedom Index verbessert Usbekistan seinen Rang von Platz 157 auf 133 um 24 Plätze.
1.5.2022	In sozialen Medien kursieren Berichte über einen angeblichen Schusswechsel an der afghanisch-usbekischen Grenze, der zum Tod von usbekischen Grenztruppen geführt haben soll. Sowohl die Taliban-»Regierung« als auch das usbekische Außenministerium dementieren die Berichte.
6.5.2022	Grenzschutzbeamte erschießen drei kirgisische Bürger im Gebiet Namangan.
7.5.2022	Der kirgisische Grenzschutzdienst fordert von den usbekischen Behörden eine Erklärung zu den erschossenen kirgisischen Staatsbürgern. Laut kirgisischer Seite wurden Patronenhülsen und Blutspuren 50 Meter von der Grenze entfernt auf kirgisischem Territorium gefunden.
7.5.2022	Im Fall der erschossenen kirgisischen Staatsbürger erklärte ein Vertreter der Grenzschutztruppen, die getöteten Kirgisen hätten versucht Mineraldünger nach Usbekistan zu schmuggeln. Beim Versuch diese festzunehmen hätten sie mit Steinen auf die Beamten geworfen und versucht, die usbekischen Grenzbeamten auf kirgisisches Territorium zu locken.
16.5.2022	Präsident Mirsijojew trifft in Abu Dhabi Muhammad Al Nahyan, Staatsoberhaupt der VAE. Beide Seiten besprachen die bilaterale Zusammenarbeit. Anlass für Mirsijojews Besuch ist die Trauerfeier für den verstorbenen Präsidenten, Chalifa Al Nahyan.
19.5.2022	Offenbar belaufen sich die afghanischen Stromschulden bei Usbekistan und Tadschikistan auf mehr als 100 Mio. Dollar. Afghanistan bezieht einen Großteil seines Strombedarfs aus Usbekistan.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortliche Redakteure: Rostam Onsori und Richard Schmidt
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2022 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20
e-mail: rostam.onsori@zois-berlin.de, richard.schmidt@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>